



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Haushalt

Schuldenbericht 2002

Schuldenbericht 2002

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	3
2. Konzeption des Kreditmanagements des Bundes.....	4
2.1 Rechtsgrundlage und beteiligte Institutionen.....	4
2.2 Verfahren und Instrumente der Kreditaufnahme.....	5
2.2.1 Tendarverfahren.....	6
2.2.2 Daueremissionen.....	7
2.2.3 Markt- und Kurspflege.....	8
2.2.4 Weitere Instrumente am Kapitalmarkt.....	8
2.2.5 Kassenkredite.....	9
3. Makroökonomisches Umfeld.....	10
3.1 Kurzer Überblick über die Wirtschaftssituation im Allgemeinen.....	10
3.1.1 Euroland.....	10
3.1.2 Vereinigte Staaten von Amerika.....	11
3.1.3 Japan.....	12
3.2 Marktentwicklung.....	12
3.2.1 Geldmarkt.....	12
3.2.2 Rentenmarkt und Zinsderivate.....	13
4. Entwicklung der Verschuldung.....	14
4.1 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungsdefizit des Bundeshaushalts.....	14
4.2 Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Nettokreditaufnahme des Bundes und der Sondervermögen im Jahr 2002.....	15
4.3 Markt- und Kurspflege bei Bundeswertpapieren.....	17
4.4 Entstehung und Tilgung von Finanzschulden von Bund und Sondervermögen.....	17
4.5 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen.....	19
4.5.1 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Geschäftsarten.....	19
4.5.2 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Ursprungslaufzeiten.....	21
4.5.3 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Restlaufzeiten.....	22
4.6 Zinsausgaben des Bundes im Jahr 2002.....	23
4.7 Emissionsrenditen im Jahr 2002.....	23
4.8 Durchschnittliche Restlaufzeit der umlaufenden Bundesschuld.....	25
4.9 Kassenkredite/Kassenanlagen.....	25
5. Abrechnung der Kreditermächtigung.....	26
6. Schuldenmanagement.....	27
6.1 Steuerung und Kontrolle.....	27
6.1.1 Instrumente der Steuerung und Kontrolle.....	27
6.1.2 Kontrahentenlimitsystem.....	27
6.2 Steuerung mit dem Benchmarkportfolio.....	28
6.3 Erfolgsmessung mit dem Referenzportfolio.....	28
7. Geschäftsverlauf.....	29
8. Anhang.....	31
8.1 Übersicht „Bundeswertpapiere auf einen Blick“	
8.2 Rangliste der Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen 2002	
8.3 Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen der Jahre 1999 bis 2002	
8.4 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Ursprungslaufzeiten zum 31.12.2002	
8.5 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Restlaufzeiten zum 31.12.2002	
8.6 Schuldenstand und durchschnittliche Restlaufzeit der Jahre 1999 bis 2002	
8.7 Statistik der Bundesschuld per 31.12.2002	
8.8 Veränderung der Schuldenstände insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen in den Jahren 1990 bis 2002	
8.9 Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2002 zweckgebunden zur Schuldentilgung verwendeten Einnahmen sowie die Schuldenübernahme durch die Telekom	

1. Vorwort

Mit der Einführung des Euros wurde der Wettbewerb zwischen den Staaten der Währungsunion im Hinblick auf die Ausgabe ihrer Wertpapiere zur Finanzierung der Haushaltskredite verstärkt. Vor diesem Hintergrund wurde die Finanzagentur gegründet.

Die Transparenz ist ein wesentliches Merkmal der Kreditbeschaffung des Staates. Neben den Daten zum Verlauf des Schuldenmanagements, über die man sich auch auf dem neu geschaffenen Webportal für Bundeswertpapiere informieren kann (www.bundeswertpapiere.com), sind dem Markt mittels der Jahresvorschau für Emissionen von Bundeswertpapieren und der vierteljährlichen Emissionskalender auch die Informationen der geplanten Kreditaufnahmen zugänglich.

Durch das Festhalten am traditionellen Emissionsverfahren in Form von Tendern für den überwiegenden Teil der Kreditaufnahme konnten beste Konditionen vereinbart werden. Die Zinsausgaben waren kostengünstig und entlasteten den Steuerzahler.

Die Arbeit des Steuerungsreferats zur Kreditaufnahme im Bundesministerium der Finanzen und der deutschen Finanzagentur sind darauf gerichtet, auch zukünftig marktschonend die notwendige Liquidität zu besten Konditionen zu sichern. Dazu werden die traditionellen Instrumente der Großemissionen gestärkt.

Die Organisationsreform im Schuldenmanagement und die Stärkung der technischen Basis werden fortlaufend auf den neuesten Stand gebracht.

Der Schuldenbericht soll helfen, das Verständnis rund um die Kreditaufnahme des Staates zu verbessern und wertvolle Informationen über das Schuldenmanagement zu liefern.

2. Konzeption des Kreditmanagements des Bundes

2.1 Rechtsgrundlage und beteiligte Institutionen

Das Kreditmanagement des Bundes wird vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) wahrgenommen. Die Befugnisse des Ministeriums sind im Grundgesetz, im Haushaltsgrundsätzegesetz, in der Bundeshaushaltsordnung und im jeweiligen Haushaltsgesetz geregelt.

Die parlamentarische Kontrolle des Kreditmanagements erfolgt durch den gemäß § 4 a Bundeswertpapierverwaltungsgesetz (BWpVwG) eingerichteten Unterausschuss des Haushaltsausschusses („Gremium zu Fragen der Kreditfinanzierung des Bundes“). Das Gremium wurde auf interfraktionellen Antrag des Deutschen Bundestags am 5. Dezember 2002 neu eingesetzt. Dem Gremium gehören neun Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages an:

Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Steffen Kampeter	Vorsitzender
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Walter Schöler	stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Bernhard Brinkmann	(Hildesheim)
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Dr. Heinz Köhler	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Gunter Weißgerber	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Bartholomäus Kalb	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Klaus-Peter Willsch	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Antje Hermenau	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Dr. Günter Rexrodt	

Die operative Kreditaufnahme des Bundes wird von der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) im Auftrag des BMF durchgeführt.

Die Finanzagentur, die sich zu 100% im Besitz des Bundes befindet, wurde mit Gesellschaftervertrag vom 13. September 2000 gegründet. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, der Kreditaufnahme mittels Schuldscheindarlehen, dem Einsatz derivativer Finanzinstrumente sowie den Geldmarktgeschäften (Aufnahme und Anlage) zum Ausgleich des Kontos des Bundes bei der Deutschen Bundesbank. Nach § 13 BWpVwG ist die Finanzagentur ermächtigt, die für das Kreditmanagement des Bundes erforderlichen Finanzierungsinstrumente zu begeben

und zu veräußern. Aus diesen Geschäften wird gemäß § 6 Abs. 4 BWpVwG ausschließlich der Bund oder seine Sondervermögen berechtigt und verpflichtet.

Mit dem BWpVwG, das am 1. Januar 2002 in Kraft trat, wurden die Rechtsgrundlagen der ehemaligen Bundesschuldenverwaltung neu geordnet. Sie erhielt mit der Bezeichnung „Bundeswertpapierverwaltung“ einen neuen Namen, ihre Aufgaben ergeben sich aus § 2 BWpVwG. Danach ist sie zuständig für die Beurkundung der Bundesschuld, die Ausführung der Zins- und Tilgungsleistungen für bestehende Schulden, die Führung des Bundesschuldbuches und der damit zusammenhängenden Datenerhebung und Unterrichtung des BMF.

Die Deutsche Bundesbank, deren grundsätzliche Aufgaben und Stellung im Bundesbankgesetz geregelt sind, unterstützt das BMF in der Wahrnehmung von Aufgaben des Kreditmanagements. So führt sie den Parketthandel im Rahmen der Markt- und Kurspflege für Bundeswertpapiere durch oder stellt die technische Plattform für die Durchführung der Tender bei der Kreditaufnahme zur Verfügung.

2.2 Verfahren und Instrumente der Kreditaufnahme

Die Kreditaufnahme der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen erfolgt in der Form von Haushalts- und Kassenkrediten, die im jährlichen Haushaltsgesetz festgelegt werden. Darüber hinaus kann die Bundesrepublik Deutschland ergänzende Verträge zur Optimierung der Zinsstruktur und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken abschließen. Der überwiegende Teil des Kreditbedarfs des Bundes und seiner Sondervermögen wird durch die Emission von Wertpapieren gedeckt. Dabei bedient sich der Bund unterschiedlicher Instrumente und Platzierungsverfahren in Abhängigkeit davon, ob die Zielgruppe der Investoren privat oder institutionell ist.

Die Emittenten sind die Bundesrepublik Deutschland und die Sondervermögen, wobei seit 1995 nur noch der Bund direkt als Emittent auftrat. Die Sondervermögen decken ihren Finanzierungsbedarf vorwiegend durch Emissionen des Bundes, wofür im jeweiligen Haushaltsgesetz Ermächtigungen zur gemeinsamen Kreditaufnahme erteilt worden sind. Durch Gesetz über die Eingliederung der Schulden von Sondervermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999 sind die Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds, des Bundesei-

senbahnvermögens und des Ausgleichsfonds Steinkohle vom Bund als Mitschuldner übernommen worden. Der Fonds „Deutsche Einheit“, der keine Neuverschuldung mehr verursacht, ist ein reines Abwicklungsvermögen. Nur das ERP-Sondervermögen und der Entschädigungsfonds bewirken außerhalb des Bundeshaushaltes eine Neuverschuldung, die im jährlichen ERP-Wirtschaftsplangesetz bzw. im Entschädigungs- und Lastenausgleichsgesetz festgelegt sind.

Im Rahmen der Haushaltskreditaufnahme begibt der Bund börsennotierte Bundeswertpapiere wie Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen sowie marktgängige unverzinsliche Schatzanweisungen. Diese auch als Einmalemissionen bezeichneten Bundeswertpapiere, die sich an institutionelle Investoren richten, werden im Tenderverfahren versteigert. Zurückbehaltene Eigenbestände werden nach den Tendern verkauft und dienen gemeinsam mit den angekauften Beständen der Markt- und Kurspflege.

Ferner emittiert der Bund Daueremissionen, die ständig angeboten werden und an private Investoren verkauft werden. Hier handelt es sich um die 1- und 2-jährigen Finanzierungsschätze und die Bundesschatzbriefe vom Typ A und B. Neben den hierzu im Schuldenbericht enthaltenen Angaben sind weiterführende Informationen auch im Tätigkeitsbericht der Bundeswertpapierverwaltung enthalten.

Einen nur geringen Teil der Kreditaufnahme nimmt der Bund gegenwärtig im kurzfristigen Laufzeitbereich in der Form von Schuldscheindarlehen auf.

2.2.1 Tenderverfahren

Die Finanzagentur bietet im Auftrag und für Rechnung des Bundes Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen und unverzinsliche Schatzanweisungen im Tenderverfahren an.

Dabei handelt es sich um ein Ausschreibungs- und Bietungsverfahren, an dem sich unmittelbar nur Mitglieder der so genannten „Bietergruppe Bundesemissionen“ beteiligen können. Mitglied dieser Gruppe können alle gebietsansässigen Kreditinstitute, Wertpapierhandelsunternehmen und Wertpapierhandelsbanken (im Sinne der einschlägigen Be-

stimmungen des KWG) werden. Eine Bewerbung um Aufnahme in die Bietergruppe ist jederzeit möglich. So begeben werden Bundesanleihen mit 10- und 30-jähriger, Bundesobligationen mit 5-jähriger (bis 2002 5 ½-jähriger) und Bundesschatzanweisungen mit 2-jähriger Laufzeit. Diese Wertpapiere haben ausnahmslos einen Kupon mit einem festen Zinssatz und jährlicher Zinszahlung. Daneben werden unverzinsliche Schatzanweisungen (U-Schätze) mit 6-monatiger Laufzeit, auch im Tenderverfahren, begeben. Die U-Schätze sind Diskontpapiere. Die Zinszahlung erfolgt in der Weise, dass der Nennbetrag um den Betrag der am Laufzeitende fälligen Zinsen vermindert ausgegeben und am Fälligkeitstag zum vollen Nennbetrag zurückgezahlt wird.

Von jedem Mitglied der Bietergruppe Bundesemissionen wird erwartet, dass es mindestens 0,05 Prozent der in einem Kalenderjahr in den Tendern insgesamt zugeteilten und laufzeitabhängig gewichteten Emissionsbeträge übernimmt. Die anzuwendenden Gewichtungsfaktoren werden durch Pressenotiz und direkte Mitteilung an alle Bieter bekannt gegeben. Für die Bietergruppe wird jährlich eine Rangliste der Mitglieder nach der Höhe der Anteile am zugeteilten gewichteten Emissionsvolumen ohne Nennung der Anteilsätze durch Pressenotiz von der Finanzagentur veröffentlicht (für 2002, s. Übersicht im Anhang Ziff. 8.2). Mitglieder, die die geforderte Mindestübernahme nicht erreichen, scheiden aus der Bietergruppe aus; spätere Wiederaufnahme ist möglich.

Der Vorteil des Tenderverfahrens besteht für den Bund in der sicheren Platzierung, also einem geringen Liquiditätsrisiko, und den Auktionen immanent günstigen Finanzierungskosten.

Ferner werden vor Beginn des Jahres alle Einmalemissionen des Bundes dem Markt in einer Jahresvorausschau und durch den vierteljährlichen Emissionskalender (Anhang Ziff. 8.9) bekannt gegeben. Der Bund erhofft sich von dieser Vorgehensweise Kostenvorteile, möchte sich aber auch als verlässlicher Emittent und wettbewerbsneutraler Teilnehmer am Markt präsentieren.

2.2.2 Daueremissionen

Als Daueremissionen wurden Bundesschatzbriefe, Finanzierungsschätze und Bundesobligationen (nur bis Februar 2003) ausgegeben.

Bundesschatzbriefe können von natürlichen Personen und zusätzlich von gebietsansässigen Einrichtungen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, erworben werden. Finanzierungsschätze können von jedermann erworben werden, ausgenommen von Kreditinstituten.

Daueremissionen werden ständig zu jeweils aktuellen von der Finanzagentur festgelegten marktgerechten Konditionen zum Verkauf gestellt.

2.2.3 Markt- und Kurspflege

Die Finanzagentur führt den größten Teil der Markt- und Kurspflegegeschäfte in börsennotierten Bundeswertpapieren durch. Ein geringerer Anteil dieser Geschäfte wird in enger Abstimmung mit der Finanzagentur von der Deutschen Bundesbank abgewickelt. Die Finanzagentur bedient sich für ihren Bereich der Markt- und Kurspflege einer elektronischen Handelsplattform. Hauptzweck der gemeinsamen Aktivitäten von Finanzagentur und Deutscher Bundesbank ist, die Handelbarkeit von Bundeswertpapieren jederzeit zu marktgerechten Preisen sicherzustellen und für deren notwendige Liquidität zu sorgen.

2.2.4 Weitere Instrumente am Kapitalmarkt

Zur Kreditaufnahme und der aktiven Bewirtschaftung des Schuldenbestandes werden weitere Kapitalmarktinstrumente eingesetzt.

Hier sind zunächst die Schuldscheindarlehen des Bundes zu nennen. Dabei handelt es sich um Kredite, die gegen Ausstellung von Schuldscheinen gewährt werden. Schuldscheine sind keine Wertpapiere, sondern lediglich Beweisurkunden, die nicht an der Börse gehandelt werden können. Die Bedeutung von Schuldscheinen als Finanzierungsinstrument des Bundes ist in den letzten Jahren gesunken, weil sie gegenüber dem Einsatz von Wertpapieren höhere Zinskosten verursachen.

Die vom Bund gehaltenen Eigenbestände in handelbaren Bundeswertpapieren werden auch zur Erwirtschaftung von Zusatzerträgen durch Wertpapierleihegeschäfte verwendet.

Bei einer Wertpapierleihe findet im Gegensatz zu einem Wertpapierpensionsgeschäft weder bei Beginn des Geschäfts noch bei dessen Ende ein effektiver Kauf oder Verkauf von Wertpapieren statt. Der Entleiher verpflichtet sich, die entliehenen Stücke nach Ablauf des Vertrages an den Verleiher zurückzuübertragen. Für die Überlassung der Wertpapiere erhält der Verleiher vom Entleiher die Leihegebühr. Die Finanzagentur betreibt das Wertpapierleihegeschäft im Rahmen der automatischen Leihe.

Zur Steuerung des Schuldenportfolios werden von der Finanzagentur Zinsswapgeschäfte eingesetzt. Durch Zinsswaps kann der Bund die Zinsbindungsfristen im Schuldenportfolio, ohne eine Änderung bei der Begebung der Kreditinstrumente vorzunehmen, tauschen. Hierzu erarbeitet die Finanzagentur Vorschläge, die auf der Grundlage einer mit dem BMF abgestimmten strategischen Vorgehensweise, zur Verkürzung oder Verlängerung der Zinsbindungsfrist des Gesamtportfolios führen.

Der Bund setzt gegenwärtig Zinsswaps ein, die jeweils eine geldmarktnahe (i.d.R. 6 Monate) und eine kapitalmarktnahe (2 bis 50 Jahre) Zinsbindung haben. Der Bund schließt sowohl Receiverswaps als auch Payerswaps ab.

2.2.5 Kassenkredite

Der Bund ist gesetzlich ermächtigt, kurzfristige Mittel zur Kassenverstärkung bis zu einer Höhe von jeweils 10% des Haushaltsvolumens über Geldmarktkredite und über Wertpapierpensionsgeschäfte aufzunehmen.

Kredite am Geldmarkt werden in Form von Tagesgeld oder Termingeld aufgenommen, wobei das Tagesgeld dominiert. Zudem kann es vorkommen, dass der Bund kurzfristige Liquiditätsüberschüsse hat, die angelegt werden müssen. Ende 2002 unterhält hierzu der Bund Geschäftsbeziehungen zu 81 Kontrahenten, davon 59 in- und ausländische Geschäftsbanken, 16 Finanzministerien der Bundesländer und Finanzministerien bzw. Finanzierungsagenturen von 6 EU-Staaten.

Kassenkredite des Bundes können aber auch in der Form von Wertpapierpensionsgeschäften aufgenommen werden. Ein Wertpapierpensionsgeschäft ist der Verkauf eines Wertpapiers bei gleichzeitiger Verpflichtung des Verkäufers, Wertpapiere gleicher Art und

Menge zu einem zukünftigen Zeitpunkt zurückzukaufen, wobei Rückkaufpreis und Zeitpunkt bei Vertragsschluss bereits festgelegt sind. Ein Wertpapierpensionsgeschäft entspricht wirtschaftlich einem mit Wertpapieren besicherten Kredit. Weil die Kreditaufnahme des Bundes durch Wertpapierpensionsgeschäfte mit Sicherheiten unterlegt ist, kann der Bund einen Kostenvorteil gegenüber einer unbesicherten Kreditaufnahme am Geldmarkt erwirtschaften. Die Sicherheitsleistung wird durch im Eigenbestand des Bundes befindliche Bundeswertpapiere erbracht. Diese erst 2002 eingeführte Geschäftsart führt die Finanzagentur über ein elektronisches Handelssystem durch.

3. Makroökonomisches Umfeld

3.1 Kurzer Überblick über die Wirtschaftssituation im Allgemeinen

3.1.1 Euroland

Die konjunkturelle Entwicklung Eurolands verlief 2002 kraftlos. Das reale Wachstum betrug in 2002 nach Angaben von EuroStat lediglich 0,9%.

Die Frühjahrseuphorie 2002, welche getragen wurde von der Hoffnung auf einen kräftigen Wachstumsschub im zweiten Halbjahr, verebbte rasch in Anbetracht der Tatsache, dass sich auch die amerikanische Volkswirtschaft, welche für die entscheidenden Wachstumsimpulse aus dem Ausland sorgen sollte, schwächer als erwartet entwickelte. Das Ausbleiben des ersehnten Exportbooms, die schwache Binnennachfrage, die Turbulenzen an den Aktienmärkten sowie die Gefahr eines Irakkriegs mit seinen ungewissen Folgen ließ die Stimmung der Unternehmen der Eurozone ab Beginn der zweiten Jahreshälfte deutlich fallen. Ausgeprägte Anzeichen der Schwäche zeigte vor allem die Industrieproduktion, die deutlich unter Vorjahresniveau fiel. Die gesamte Investitionstätigkeit war erneut rückläufig.

Auch die Entwicklung des privaten Verbrauchs blieb mit einem Zuwachs von 0,7% enttäuschend. Die Staatsfinanzen der Euroländer verschlechterten sich in 2002 in einem schwachen gesamtwirtschaftlichen Umfeld vor allem in den großen Flächenstaaten erheblich. So belief sich im vergangenen Jahr in Deutschland die gesamtstaatliche Defizitquote auf 3,6% des Bruttoinlandproduktes. Darüber hinaus weisen auch Frankreich, Italien und Portugal erhebliche Haushaltsungleichgewichte auf.

Die Inflationsrate ging in der Eurozone in 2002 zwar leicht auf 2,2% zurück, bewegte sich damit aber immer noch über der mittelfristigen Stabilitätsnorm der EZB von 2%. Diese Trägheit in der Preisentwicklung lässt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen. So führten trotz der anhaltenden Konjunkturschwäche relativ hohe Lohnabschlüsse zu weiter steigenden Arbeitskosten. Eine Verteuerung des Rohöls an den Weltmärkten führte zu einem Anstieg der Energiepreise. Demgegenüber dürfte der gestiegene Wechselkurs des Euro, insbesondere gegenüber dem US Dollar, inflationsdämpfend gewirkt haben.

Die Europäische Zentralbank senkte im Dezember 2002 die Leitzinsen um 50 Basispunkte und begründete dies mit vermehrten Anzeichen eines mittelfristig nachlassenden Inflationsdrucks aufgrund der nur verhaltenen konjunkturellen Entwicklung.

Das Geldmengenwachstum in der Eurozone blieb mit Jahreswachstumsraten von über 7% deutlich über dem von der EZB gesetzten Referenzwert von 4,5%. Nach Einschätzung der EZB ist diese angestaute Überschussliquidität jedoch mit Portfolioumschichtungen in liquide Aktiva vor dem Hintergrund der Unsicherheit an den Finanzmärkten begründbar und dürfte somit angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums mittelfristig keinen nennenswerten Inflationsdruck erzeugen. Unterstützt wird diese Einschätzung durch die rückläufige Kreditvergabe an den privaten Sektor.

3.1.2 Vereinigte Staaten von Amerika

Das amerikanische Wirtschaftsjahr 2002 begann verheißungsvoll. So überraschte im ersten Quartal das Wachstum des Bruttoinlandproduktes mit einer annualisierten Rate von 5% und nährte die Hoffnung auf einen zügigen und robusten Konjunkturaufschwung. Es zeigte sich jedoch, dass die vermeintlich schnelle Wiederbelebung vor allem Einmalfaktoren, wie z.B. dem hohen Lageraufbau, den massiven wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen der amerikanischen Regierung sowie absatzsteigernden Sonderfinanzierungsofferten der Autohersteller zuzuschreiben war. Um die Jahresmitte wurde deutlich, dass die Hoffnungen übertrieben waren und man sich auf einen nur verhaltenen Wirtschaftsaufschwung einzustellen hatte. Im Gegensatz zum privaten Konsum, der im vergangenen Jahr einmal mehr und ungeachtet eines sich zunehmend eintrübenden Arbeitsmarktes zur Hauptstütze der Konjunktur avancierte, konnte in 2002 erneut keine

Ausweitung der Investitionstätigkeit der US-amerikanischen Unternehmen beobachtet werden.

Im November 2002 senkte die amerikanische Notenbank den Zielsatz für Tagesgeld deutlich um 50 Basispunkte auf ein Niveau von nunmehr nur noch 1,25% und begründete diesen Schritt mit einer gestiegenen Unsicherheit bei Wirtschaft und Verbrauchern, insbesondere aufgrund gewachsener geopolitischer Risiken.

Das Preisklima blieb in den USA im gesamten Jahresverlauf trotz der stark expansiven Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank, der gleichfalls expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und gestiegener Energiepreise relativ günstig.

3.1.3 Japan

Die wirtschaftliche Erholung, die Anfang 2002 eingesetzt hatte, verlor im zweiten Halbjahr infolge eines geringen Exportwachstums an Schwung. In der Folge verzeichnete die Industrieproduktion im IV. Quartal 2002 einen Rückgang, begleitet von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dank einer soliden Binnennachfrage wurde jedoch ein Abgleiten der Wirtschaft in eine Rezession vermieden. Bezogen auf das Gesamtjahr verzeichnete Japan nach OECD-Angaben ein reales BIP-Wachstum von lediglich 0,3%.

3.2 Marktentwicklung

3.2.1 Geldmarkt

Die im Frühjahr noch in der Euro-Forwardkurve eingepreiste Leitzinserhöhung von 75 Basispunkten für das zweite Halbjahr 2002 schlug gegen Mitte des Jahres aufgrund eingetrübter Konjunkturaussichten in Zinssenkungserwartungen um.

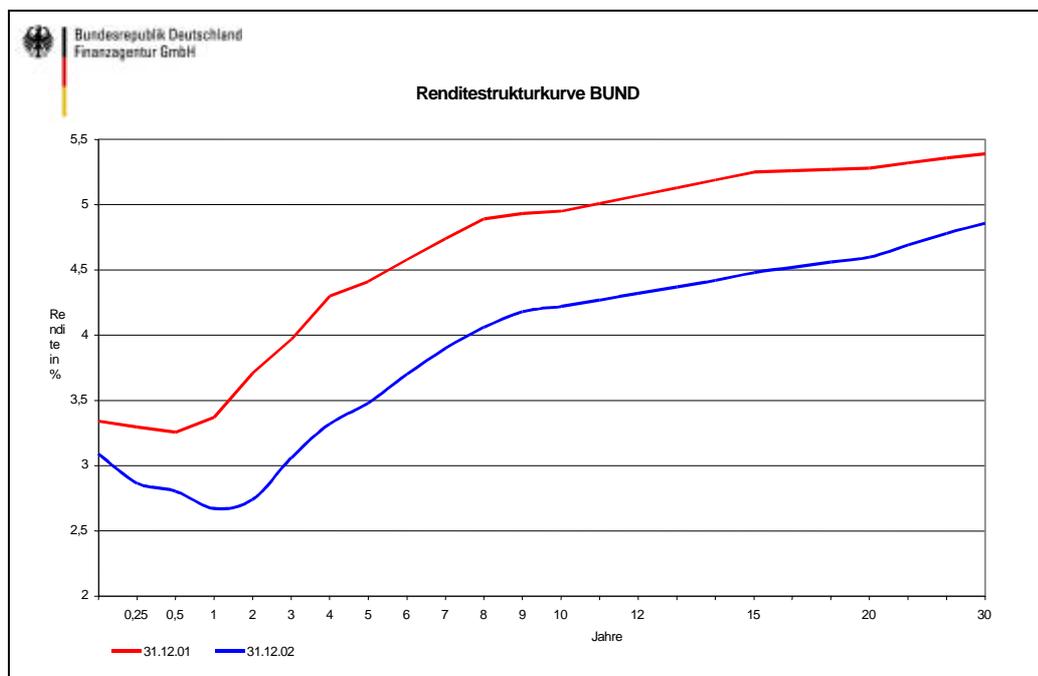
Am 5. Dezember beschloss der EZB-Rat aufgrund nachlassenden Inflationsdrucks und eines sich verschlechternden realwirtschaftlichen Umfelds den Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 50 Basispunkte auf 2,75% p. a. zu senken. Die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität wurden ebenfalls in der gleichen Höhe gesenkt.

3.2.2 Rentenmarkt und Zinsderivate

Das Jahr 2002 war aus Sicht der Anleger erneut ein Rentenjahr. Nach einem vorübergehenden Renditeanstieg zu Jahresanfang konnte ab Mitte Mai ein stetiger und deutlicher Rückgang der deutschen Anleiherenditen beobachtet werden. Der Kursanstieg bzw. analog der Renditerückgang am Rentenmarkt lässt sich mit Portfolioumschichtungen aus den volatileren Aktienmärkten in als sicher geltende Anlageformen begründen. Der erhoffte, doch ausgebliebene deutliche Konjunkturaufschwung, pessimistischere Wachstumserwartungen für die Zukunft, durch skandalöse Bilanzfälschungen verunsicherte Aktionäre und die Zuspitzung geopolitischer Konflikte führten 2002 zu dieser Flucht in die Sicherheit.

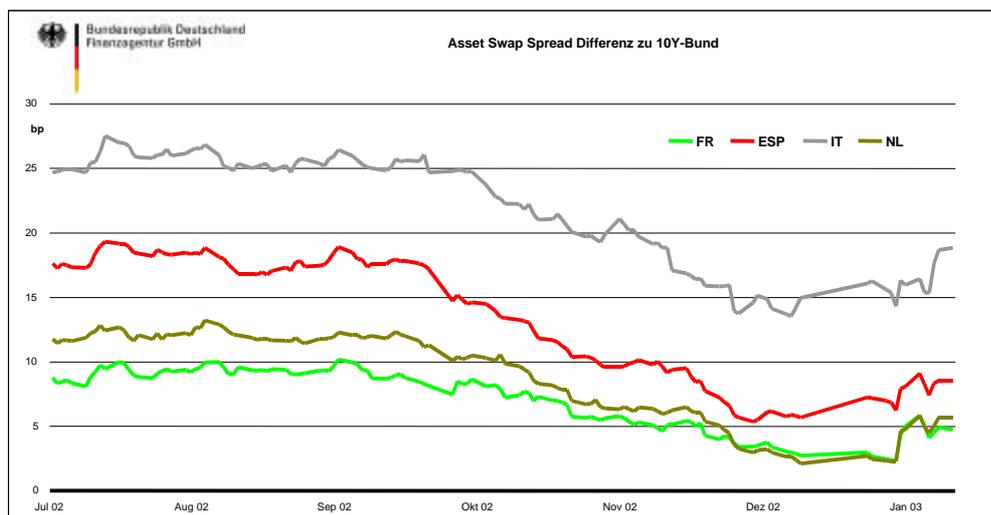
So erreichte die Umlaufrendite 10-jähriger Bundeswertpapiere zum Jahresanfang noch Werte von knapp unter 5% p. a., sank dann im Jahresverlauf aber bis auf 4,22% p. a. per 31.12.2002. Da in den kurzen Restlaufzeitbereichen ein noch stärkerer Renditerückgang zu verzeichnen war, versteilerte sich die Renditestrukturkurve des Bundes binnen Jahresfrist (Abbildung 1).

Abbildung 1: Renditestrukturkurve Bund



Im zweiten Halbjahr 2002 verringerte sich der Spread zwischen Bund- und Swapkurve. Darüber hinaus schmolz der Zinsvorteil des Bundes - gemessen an den Differenzen in den Asset Swap Spreads - gegenüber anderen europäischen Emittenten ab.

Abbildung 2: Asset Swap Spread Differenz zu 10Y-Bund



4. Entwicklung der Verschuldung

4.1 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungsdefizit des Bundeshaushalts

Bei Einnahmen von insgesamt 216,6 Mrd. € (darunter Steuereinnahmen von 192,0 Mrd. €) und Ausgaben von 249,3 Mrd. € ergibt sich für das Jahr 2002 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 32,7 Mrd. €. Gegenüber 2001 entspricht dies auf der Ausgabenseite einer Zunahme um 2,5%, während die Einnahmen um 1,6% geringer ausfallen. Das Finanzierungsdefizit ist im Jahr 2002 um 9,8 Mrd. € höher als in 2001 (Tabelle 1).

Gegenüber den ursprünglichen im Haushaltsgesetz für das Jahr 2002 geplanten Ansätzen blieben die Einnahmen um 6,2 Mrd. € hinter den Erwartungen zurück, auf der Ausgabenseite war hingegen ein Anstieg um 3,6 Mrd. € zu verzeichnen. Dabei hatte der Bundeshaushalt 2002 gegenüber den ursprünglichen Ansätzen insbesondere bei den Steuereinnahmen einen Rückgang in Höhe von 7,2 Mrd. € zu verkraften.

Tabelle1 : Bundeshaushalt in den Jahren 1999 bis 2002 (Ist-Ergebnisse in Mrd. Euro)

	1998	1999	2000	2001	2002
Ausgaben	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3
Veränderung ggü. Vorjahr in %	3,4	5,7	-1	-0,5	2,5
Einnahmen	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6
Veränderung ggü. Vorjahr in %	5,8	7,8	-0,1	-0,1	-1,6
Finanzierungsdefizit	-28,9	-26,2	-23,9	-22,9	-32,7

4.2 Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Nettokreditaufnahme des Bundes und der Sondervermögen im Jahr 2002

Zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen ist im Jahr 2002 der Kapitalmarkt mit insgesamt brutto 192,9 Mrd. € beansprucht worden (darunter 13,7 Mrd. € im Rahmen der gemeinsamen Kreditaufnahme für FDE und ERP). Davon entfällt auf den Bund eine Bruttokreditaufnahme in Höhe von 179,1 Mrd. €, auf den Fonds „Deutsche Einheit 10,7 Mrd. € und auf das ERP Sondervermögen 3,0 Mrd. €.

Tabelle 2 stellt die Anteile der einzelnen Finanzierungsarten an der gesamten kapitalmarktmäßigen Bruttokreditaufnahme einschließlich der im Eigenbestand befindlichen Bundeswertpapiere des Bundes dar.

Tabelle 2: Bruttokreditaufnahme des Bundes im Jahr 2002

	Volumen (in Mio. €)	Anteil (in %)
Bundesanleihen	56.260	29,2
Bundesobligationen	36.784	19,1
Bundesschatzbriefe	2.301	1,2
Finanzierungsschätze	1.366	0,7
Bundesschatzanweisungen	43.601	22,6
Schuldscheindarlehen	4.723	2,4
U-Schätze	47.793	24,8
Kapitalmarktbeanspruchung brutto insgesamt:	192.822	100,0
darunter:		
Anteile der Sondervermögen im Rahmen der Gemeinsamen Wertpapierbegebung	13.722	7,1
Brutto-Kreditaufnahme für den Bund insgesamt:	179.100	92,9
darunter:		
im Jahr 2002 aufgenommene und getilgte Beträge	23.337	12,1

Der Bund hat sein Finanzierungsverhalten in den letzten Jahren dahingehend geändert, indem der Kreditbedarf des Bundes im Wesentlichen über die Begebung von marktgängigen Bundeswertpapieren gedeckt wurde. Der Anteil von Bundesanleihen war mit 29,2% besonders hoch. Demgegenüber spielen die Daueremissionen mit einem Anteil von 1,9% sowie die Schuldscheindarlehen mit einem Anteil von 2,4% nur eine untergeordnete Rolle. Die innerjährige Kreditaufnahme bezog sich auf die unverzinslichen Schatzanweisungen und einige Schuldscheindarlehen.

Das Tilgungsvolumen des Bundes im Jahr 2002 belief sich auf 157,0 Mrd. €. Tabelle 3 zeigt die Verteilung auf die einzelnen Finanzierungsarten. Auch bei den Tilgungen des Bundes fällt der größte Anteil auf die marktgängigen Bundeswertpapiere. Darunter spielten in 2002 die ersten fällig gewordenen Treuhandanleihen von ca. 10 Mrd. € eine besondere Rolle (bis einschließlich 2004 werden insgesamt über 50 Mrd. € fällig). Die Treuhandanleihen flossen 1995 in den Erblastentilgungsfonds ein und sind seit der Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds im Jahr 1999 vom Bund direkt zu bedienen.

Die Tilgungen bei Bundesschatzbriefen beinhalten planmäßige Tilgungen von 10,4 Mrd. € sowie vorzeitige Rückgaben von 0,4 Mrd. € (davon entfallen 0,3 Mrd. € auf die Bundesschatzbriefe vom Typ A und 0,1 Mrd. € vom Typ B).

Tabelle 3: Tilgungen des Bundes im Jahr 2002

	Volumen (in Mio. €)	Anteil (in %)
Bundesanleihen	36.302	23,1
Bundesschatzbriefe	10.816	6,9
Bundesschatzanweisungen	24.000	15,3
Bundesschatzbriefe	10.816	6,9
Finanzierungsschätze	1.407	0,9
Schuldscheindarlehen	14.774	9,4
U-Schätze	38.661	24,6
Sonstige (MTN, AFW)	1.898	1,2
Tilgungen insgesamt:	157.002	100,0

4.3 Markt- und Kurspflege bei Bundeswertpapieren

Zum Jahresende betrug der Bestand des Interventionsdepot des Bundes 17,7 Mrd. €. Der Bestand erhöhte sich damit gegenüber dem 31.12.2001 um 4,3 Mrd. €. Der Marktpflegequote flossen im Berichtsjahr 22,9 Mrd. € zu. Die Ankäufe im Rahmen der Kurspflege betragen 53,6 Mrd. €. Die Verkäufe aus Markt- und Kurspflegebeständen betragen 69,9 Mrd. €. Aus den vorhandenen Eigenbeständen wurden 2,3 Mrd. € getilgt. Weitere Einzelheiten zu den Wertpapierarten ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht (Tabelle 4).

Tabelle 4: Markt- und Kurspflege bei Wertpapieren des Bundes

Nennwerte in Mio. €

	Eigenbestand am 31.12.2001	Sonderquote (Zugang)	Ankauf	Verkauf	Tilgung	Bestandsveränderung	Eigenbestand am 31.12.2002
Bundesanleihen	7.323,2	9.479,2	32.188,2	39.151,1	621,7	1.894,7	9.212,9
Bundesschatzanweisungen	2.705,0	5.998,1	12.169,9	16.434,3	521,7	1.212,0	3.917,0
Anleihen des BEV	1.565,1	7.439,5	4.489,4	10.035,8	493,9	1.399,2	2.964,3
Anleihen der THA	205,1	0,0	308,4	259,9	202,2	-153,7	51,4
	1.635,9	0,0	4.482,7	4.024,8	458,9	-1,0	1.634,9

4.4 Entstehung und Tilgung von Finanzschulden von Bund und Sondervermögen

Bundesrepublik Deutschland

Aus der Differenz der am Kapitalmarkt beschafften Kredite in Höhe von 179,0 Mrd. € (ohne Sondervermögen) und der Tilgung von Kapitalmarkttiteln in Höhe von 157,0 Mrd. € ergibt sich im Jahr 2002 für den Bund eine Erhöhung des Schuldenstandes am Kapitalmarkt von 22,1 Mrd. €. Unter Berücksichtigung sonstiger – nicht kapitalmarktmäßiger – Einnahmen in Höhe von rd. 7,9 Mrd. €, die zweckgebunden für endgültige Tilgungen einzusetzen waren und haushalterische Umbuchungen in Höhe von ca. 2,0 Mrd. € (Netto), ergibt sich im Jahr 2002 eine Nettokreditaufnahme des Bundes von insgesamt 31,9 Mrd. €

Damit liegt die tatsächliche Nettokreditaufnahme im Jahr 2002 um 10,8 Mrd. € über den im ursprünglichen Haushaltsplan vorgesehenen 21,1 Mrd. €, aber um 2,7 Mrd. € unter der im Nachtragshaushalt angesetzten Nettokreditaufnahme. Die Differenz zwischen der Nettokreditaufnahme in Höhe von 31,9 Mrd. € und dem in Abschnitt 1.1 genannten Finanzierungssaldo in Höhe von 32,7 Mrd. € erklärt sich durch Münzeinnahmen in Höhe von 0,9 Mrd. €

Die Entstehung und Tilgung von Finanzschulden des Bundes in den Jahren 1998 bis 2002 ist in Tabelle 5 dargestellt. Die Aufstellung zeigt, dass die Nettokreditaufnahme in diesem Zeitraum mit Ausnahme des Jahres 2002 kontinuierlich reduziert werden konnte und insgesamt nur 134,0 Mrd. € betrug. Durch die Einnahmen aus dem Bundesbankmehrgewinn und den UMTS-Erlösen, die zweckgebunden zur Schuldentilgung einzusetzen waren, erhöhte sich der Schuldenstand im gleichen Zeitraum nur um 68,8 Mrd. €

Tabelle 5: Entstehung und Tilgung von Finanzschulden des Bundes seit 1998 (Mrd. €)*

	Jahr 1998	Jahr 1999	Jahr 2000	Jahr 2001	Jahr 2002
Bruttokreditaufnahme am Kapitalmarkt (excl. Anteile Sondervermögen)	120,4	150,3	132,4	134,1	179,1
Tilgungen	92,1	128,3	125,2	152,6	157,0
Sonstige Einnahmen zur Nettotilgung	-	4,7	18,2	38,0	7,9
Haushalterische Umbuchungen	0,7	-0,3	-1,7	3,5	2,0
Nettokreditaufnahme	29,0	26,4	23,7	23,0	31,9

Fonds „Deutsche Einheit“ und ERP Sondervermögen

Die Entstehung und Tilgung der Finanzschulden seit dem Jahr 1998 sind für den Fonds „Deutsche Einheit“ in Tabelle 6, für das ERP-Sondervermögen in Tabelle 7 dargestellt. Die kontinuierliche Tilgung der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“, der seit 1995 außer den Zinsen keine neuen haushalterischen Ausgaben mehr hat, wurde fortgesetzt. Der Schuldenzuwachs beim ERP-Sondervermögen bewegte sich im Rahmen des Vorjahreszuwachses.

Tabelle 6: Entstehung und Tilgung von Finanzschulden des FDE seit 1998 (Mrd. €)*

	Jahr 1998	Jahr 1999	Jahr 2000	Jahr 2001	Jahr 2002
Bruttokreditaufnahme am Kapitalmarkt	4,2	6,8	7,6	19,0	20,5
Tilgungen	4,4	7,2	8,0	19,0	20,7
Nettokreditaufnahme	-0,2	-0,4	-0,4	0,0	-0,2

Tabelle 7: Entstehung und Tilgung von Finanzschulden des ERP seit 1998 (Mrd. €)*

	Jahr 1998	Jahr 1999	Jahr 2000	Jahr 2001	Jahr 2002
Bruttokreditaufnahme am Kapitalmarkt	2,4	1,0	5,2	3,7	3,7
Tilgungen	2,1	2,5	2,9	2,9	3,5
Nettokreditaufnahme	0,3	-1,5	2,3	0,8	0,2

4.5 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen

4.5.1 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Geschäftsarten

Die umlaufenden Schulden des Bundes, des Fonds „Deutsche Einheit“ und des ERP-Sondervermögens beliefen sich Ende 2002 auf insgesamt 788,1 Mrd. € (Tabelle 8). Davon entfielen auf den Bund 729,2 Mrd. €, auf den Fonds „Deutsche Einheit“ 39,4 Mrd. € sowie auf den ERP 19,5 Mrd. €¹

¹ Nicht enthalten sind in den umlaufenden Schulden von Bund und Sondervermögen Sonderkredite (WGS-Wohnungsbauobligationen) in Höhe von 64,5 Mio. €, die nicht von der Bundeswertpapierverwaltung verwalteten Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden in Höhe von 4,439 Mrd. € sowie die Auslandsschulden nach dem Londoner Schuldenabkommen in Höhe von 95 Mio. €

Tabelle 8: Umlaufende Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Geschäftsarten zum 31.12.2002 (Mio. €)

	Volumen (in Mio. €)	Anteil (in %)
Bundesrepublik Deutschland	729.165	92,5
davon Einmalemissionen	718.505	91,2
Bundesanleihen	462.941	58,7
Bundesobligationen und MTN	141.954	18,0
Bundesschatzanweisungen	85.000	10,8
Unverzinsliche Schatzanweisungen	28.610	3,6
davon Daueremissionen	19.514	2,5
Bundesschatzbriefe	17.897	2,3
Finanzierungsschätze	1.617	0,2
davon Schuldscheindarlehen	34.635	4,4
davon abzgl. Mitschuld Sondervermögen	-43.489	-5,5
Fonds "Deutsche Einheit"	39.441	5,0
davon Mitschuld Einmalemissionen	36.269	4,6
Bundesanleihen	22.315	2,8
Bundesobligationen	10.134	1,3
Bundesschatzanweisungen	3.820	0,5
davon Schuldscheindarlehen	3.172	0,4
ERP	19.493	2,5
Bundesrepublik Deutschland inkl. Sondervermögen	788.099	100,0

Die umlaufenden Schulden des Bundes (ohne Anteile von Sondervermögen aus gemeinsamer Kreditaufnahme) setzen sich zu 92,6% aus Einmalemissionen zusammen. Daueremissionen mit etwa 2,7% und Schuldscheindarlehen mit 4,8% haben nur noch einen sehr geringen Anteil am Schuldenstand des Bundes. Auch die umlaufenden Schulden des FDE bestehen zu 92% aus Einmalemissionen. Diese Schulden gehen auf die gemeinsame Kreditaufnahme mit dem Bund zurück. Die Schuldscheindarlehen beim FDE machen einen Betrag von 3,2 Mrd. € aus. Beim ERP-Sondervermögen besteht die umlaufende Schuld dagegen noch zu 63% aus Schuldscheindarlehen. Einmalemissionen über die gemeinsame Kreditaufnahme mit dem Bund tragen zum Schuldenstand des ERP 7,2 Mrd. € bei.

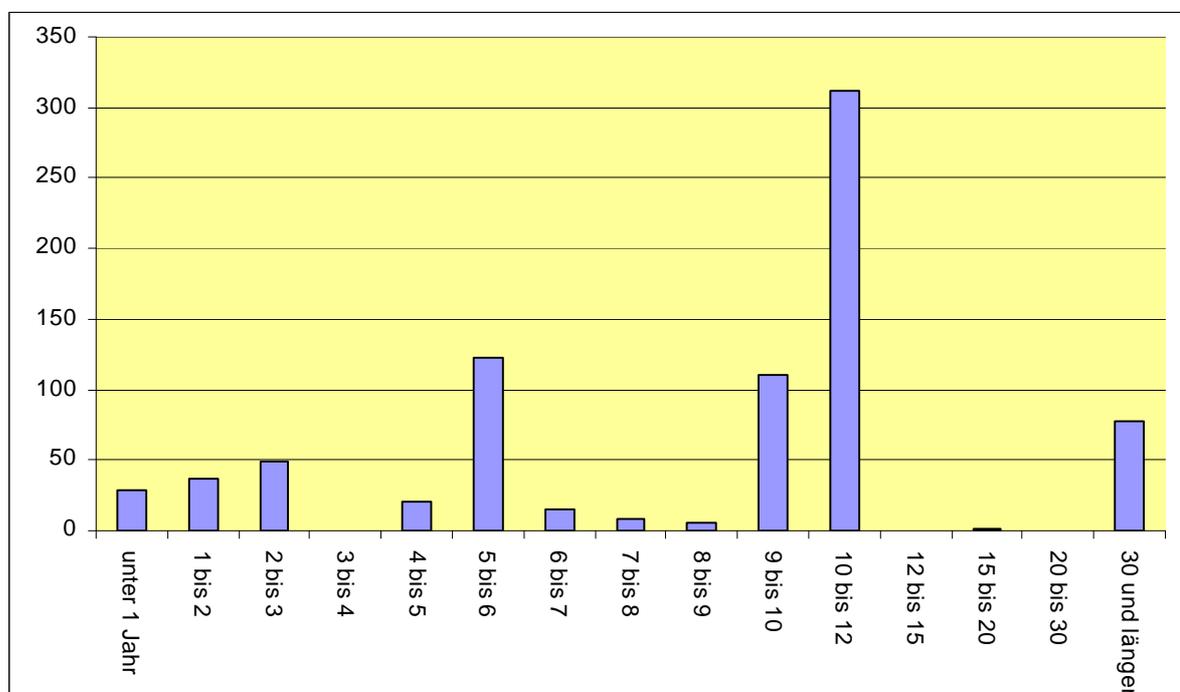
Die Anlage 8.8 zeigt die Entwicklung des Schuldenstandes von Bund und seinen Sondervermögen ohne die Einbeziehung der Eigenbestände in den Jahren 1990 bis 2002. Die Differenz zwischen den umlaufenden Schulden zum Jahresende und dem Schuldenstand ergibt sich aus den Eigenbeständen bei Bundeswertpapieren sowie den in der Fußnote 1 genannten Schuldenarten des Bundes. Die Anlage 8.9 enthält eine Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2002 zweckgebunden zur Schuldentilgung verwendeten Einnahmen.

Diese Einnahmen stammen im Wesentlichen aus dem Bundesbankmehrgewinn und den UMTS-Erlösen. Ferner wurden 1995 die Schulden der Deutschen Post durch die Telekom übernommen, wodurch sie nicht mehr dem Bundesbereich zuzuordnen sind. Dadurch konnte in den Jahren 1990 bis 2002 eine Erhöhung der Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen von insgesamt rund 166 Mrd. € vermieden werden.

4.5.2 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Ursprungslaufzeiten

Eine Analyse der umlaufenden Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Ursprungslaufzeiten führt zu dem Ergebnis, dass die „traditionellen“ Emissionslaufzeiten von 5 und 10 Jahren einen Anteil von fast 75% an der gesamten umlaufenden Finanzschuld haben. Im 5-jährigen Laufzeitsegment wurden etwa 158 Mrd. €, im 10-jährigen Laufzeitsegment insgesamt etwa 423 Mrd. € emittiert. Im 30-jährigen Segment beläuft sich das Emissionsvolumen auf 77 Mrd. €

Abbildung 3: Finanzschulden von Bund und Sondervermögen in Mrd. €
nach Ursprungslaufzeiten



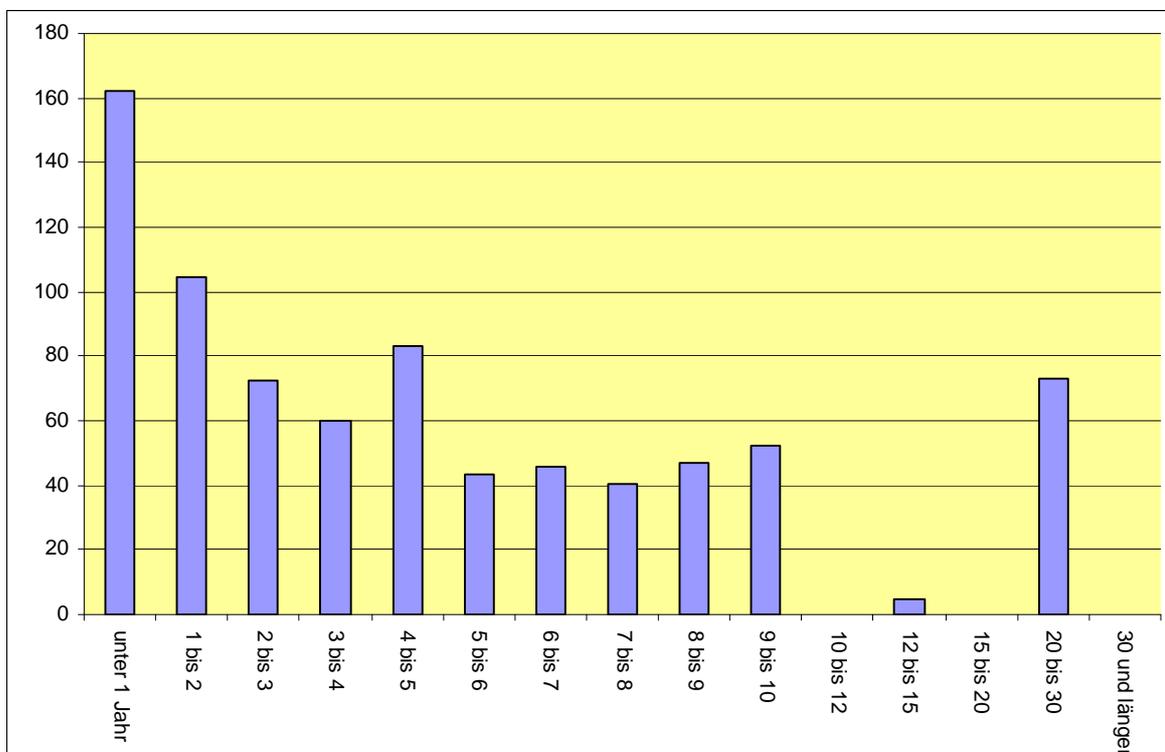
Durch diese Struktur der Kreditaufnahme konnte der Bund auch im Jahr 2002 an den weiter gesunkenen Zinsen am Kapitalmarkt teilhaben und seine Zinsausgaben senken. Außerdem wurde damit das Anschlussfinanzierungsrisiko vor dem Hintergrund der steigenden Tilgungssummen kommender Jahre begrenzt.

4.5.3 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Restlaufzeiten

Eine Aufteilung der Finanzschulden des Bundes und seiner Sondervermögen nach Restlaufzeiten² hat demgegenüber ein ganz anderes Aussehen. Im Restlaufzeitsegment zwischen 3 und 10 Jahren sind es jährlich etwa 50 Mrd. €, die aus bestehender Schuld fällig werden und die – neben den kurzfristigen (noch aufzunehmenden) Schulden – zukünftig zur Anschlussfinanzierung anstehen.

Im Jahre 2003 werden demnach insgesamt 162,3 Mrd. € der zum 31.12.2002 bereits bestehenden Schulden fällig (Bund und Sondervermögen).

Abbildung 4: Finanzschulden von Bund und Sondervermögen in Mrd. €
nach Restlaufzeitgruppen



² Eine ausführliche Übersicht zum Stand der Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Restlaufzeiten befindet sich unter Anhang 8.5.

4.6 Zinsausgaben des Bundes im Jahr 2002

Im Jahre 2002 wurden vom Bund insgesamt 39,1 Mrd. € Zinsen (ohne Zinsanteile der Sondervermögen im Rahmen der gemeinsamen Kreditaufnahme) aufgewendet³. Das entspricht 15,7% aller Ausgaben des Bundeshaushaltes.

2/3 aller Zinsausgaben entfallen auf Anleihen (rund 26 Mrd. €), was unterstreicht, dass der Bund in den vergangenen Jahren geneigt war, die langfristigen Zinssätze, verbunden mit einem geringen Zinsänderungsrisiko, zu akzeptieren.

Tabelle 9: Zinsausgaben des Bundes und der Sondervermögen im Jahr 2002 nach Geschäftsarten (Mio. €)

	Volumen (in Mio. €)	Anteil (in %)
Bundesrepublik Deutschland	39.075	100,0
davon Einmalemissionen	36.082	92,3
Bundesanleihen	26.013	66,6
Bundesobligationen und MTN	6.630	17,0
Bundesschatzanweisungen	2.725	7,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	714	1,8
davon Daueremissionen	1.898	4,9
Bundesschatzbriefe	1.823	4,7
Finanzierungsschätze	75	0,2
davon Schuldscheindarlehen	2.717	7,0
davon abzgl. Mitschuld Sondervermögen	-1.623	-4,2

4.7 Emissionsrenditen im Jahr 2002

Die Kreditaufnahme des Bundes am Kapitalmarkt erfolgte im Jahr 2002 zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 3,95% p. a.⁴. Die Zinssätze der Bruttokreditaufnahme lagen in den Vorjahren bei 4,33% p. a. (Jahr 2001), 4,99% p. a. (Jahr 2000) bzw. 3,72% p. a. (Jahr 1999).

Ein Vergleich der Emissionsrenditen verschiedener Geschäftsarten untereinander ist insofern schwierig, als die entsprechenden Laufzeiten sehr stark variieren und neben anderen Faktoren die Steilheit der Zinskurve, d.h. die Laufzeitprämie eine große Rolle spielt. Bei einer normalen Zinskurve, wie im Jahre 2002, ist die langfristige Kapitalaufnahme teurer

³ saldiert mit Zinseinnahmen, aber ohne Zinsen für Kassenverstärkungskredite, Derivate und sonstige, nicht von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltete Schulden.

⁴ Betrachtet wird die kapitalgewichtete Emissionsrendite im Jahr 2002.

als eine Mittelbeschaffung im kurzfristigen Laufzeitbereich. So liegt die Spannbreite der durchschnittlichen Emissionsrenditen im Jahre 2002 zwischen 3,22% p. a. (für die Aufnahme von U-Schätzen mit sechsmonatiger Laufzeit) und 4,85% p. a. (für 10- bzw. 30-jährige Anleihen). Gleichwohl ist damit nichts über die generelle Vorteilhaftigkeit der Aufnahme kurzfristiger Mittel ausgesagt, denn das Anschlussfinanzierungsrisiko ist bei Kurzläufem auch entsprechend hoch, insbesondere in Zeiten steigender Zinsen.

Tabelle 10: Emissionsrenditen der Kreditaufnahme des Bundes nach Geschäftsarten im Jahr 2002

	in % p.a. *)
Bundesrepublik Deutschland	3,95
davon Einmalemissionen	4,04
Bundesanleihen	4,85
Bundesobligationen und MTN	4,36
Bundesschatzanweisungen	3,61
Unverzinsliche Schatzanweisungen	3,22
davon Daueremissionen	3,60
Bundesschatzbriefe	3,83
Finanzierungsschätze	3,22
davon Schuldscheindarlehen	3,34
davon abzgl. Mitschuld Sondervermögen	4,90

*) gewogen mit dem Kapitalbetrag der Emission, ohne Eigenbestände

Betrachtet man die Emissionsrenditen des gesamten Schuldenstandes des Bundes und seiner Sondervermögen fällt auf, dass längere Ursprungslaufzeiten der Finanzierungsinstrumente tendenziell auch höhere Emissionsrenditen bedeuten. Das Spektrum der kapitalgewogenen Emissionsrenditen reicht von 3,0% für 6-monatige U-Schätze bis 5,44% für langlaufende Anleihen mit einer 10- bis 30-jährigen Zinsbindung. Etwas aus dem Rahmen fallen die Schuldscheindarlehen des Bundes mit einer mittleren Emissionsrendite von 5,84%, da sie verschiedenen Laufzeitsegmenten zugeordnet werden.

Tabelle 11: Emissionsrenditen der Bundesschuld zum Jahresende 2002 (Mio. €)

	Mio. €	Rendite in %
Bundesrepublik Deutschland	729.165	5,34%
davon Einmalemissionen	718.505	5,31%
Bundesanleihen	462.941	5,44%
Bundesobligationen und MTN	141.954	4,44%
Bundesschatzanweisungen	85.000	3,57%
Unverzinsliche Schatzanweisungen	28.610	3,00%
davon Daueremissionen	19.514	4,36%
Bundesschatzbriefe	17.897	4,39%
Finanzierungsschätze	1.617	3,26%
davon Schuldscheindarlehen	34.635	5,84%
davon abzgl. Mitschuld Sondervermögen	-43.489	4,87%
Fonds "Deutsche Einheit"	39.441	4,83%
davon Mitschuld Einmalemissionen		
Bundesanleihen	22.315	4,89%
Bundesobligationen	10.134	4,49%
Bundesschatzanweisungen	3.820	4,11%
davon Schuldscheindarlehen	3.172	5,30%
ERP	19.493	5,32%

*) gewogen mit Kapital und Restlaufzeit

4.8 Durchschnittliche Restlaufzeit der umlaufenden Bundesschuld

Die durchschnittliche Restlaufzeit der umlaufenden Bundesschuld verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr bei ansteigender Verschuldung geringfügig um 12 Tage auf knapp unter 6 Jahre. Der Anhang 8.6 zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Restlaufzeit in den Jahren 1999 bis 2002. Die klassischen Zinsbindungsfristen wurden im Jahr 2002 wie gewohnt durch Neuemissionen in den handelbaren Bundeswertpapieren in Form von 10-jährigen Bundesanleihen, 5 ½-jährigen Bundesobligationen, 2-jährigen Bundesschatzanweisungen und 6-monatigen U-Schätzen (U-Schätze) bedient. Bei der 30-jährigen Bundesanleihe wurde eine Aufstockung vorgenommen, so dass die längste Laufzeit in diesem Bereich unverändert blieb.

4.9 Kassenkredite/Kassenanlagen

Der Bund hat im Haushaltsjahr 2002 Kredite zur Kassenfinanzierung (§ 3 Satz 1 HG 2002) vorübergehend und in wechselnder Höhe während des gesamten Jahres in Anspruch genommen. Der Durchschnittsbetrag der Kassenfinanzierung von Bund und FDE belief sich auf rd. 6,8 Mrd. .

Im Jahr 2002 hat der Bund Kassenkredite in Form besicherter Geldmarktkredite (Repogeschäfte, § 3 Satz 2 HG 2002) in wechselnder Höhe in Anspruch genommen. Der Höchstbetrag belief sich auf 4,0 Mrd. €

Andere Formen des Kassenkredites (Bundeskassenscheine, Schatzwechsel) wurden von der Finanzagentur im Haushaltsjahr 2002 zur Kassenkreditverstärkung nicht verwendet.

Ebenfalls in wechselnder Höhe hat der Bund während des gesamten Jahres Geldanlagen getätigt. Der gleichzeitige Ausweis von aufgenommenen Kassenverstärkungskrediten und Anlagen ist darauf zurückzuführen, dass der Bund am Geldmarkt aufgenommene Mittel an das Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ weitergeleitet hat.

5. Abrechnung der Kreditermächtigung

Die im Haushaltsgesetz erteilten Ermächtigungen hat der Bund wie folgt in Anspruch genommen.

Tabelle 12: Stand der Kreditermächtigungen des Bundes für 2002 (Mio. €)

Art	Grundlage	Soll	Inanspruchnahme (Ist)
Nettokreditaufnahme	§ 2 Abs. 1 HG 2002 und Restermächtigung 2001	42.143	31.863
Tilgungsermächtigung	§ 2 Abs. 2 HG 2002	149.099	149.099
Vorgriffsermächtigung	§ 2 Abs. 3 HG 2002	9.900	0
Marktpflege	§ 2 Abs. 5 HG 2002	68.101	4.439
Qualifizierte Sperre	§ 2 Abs. 9 HG 2002	6.271	0
Kassenverstärkung	§ 3 Satz 1 HG 2002	25.250	3.725
Wertpapierpensionsgeschäfte	§ 3 Satz 2 HG 2002	25.250	2.281

Die Auslastung der Ermächtigungen blieb damit deutlich unter dem gesetzlich eingeräumten Rahmen.

6. Schuldenmanagement

6.1 Steuerung und Kontrolle

Das Schuldenmanagement wird kontrolliert durch das vom Deutschen Bundestag nach § 4a BWpVerwG für die Dauer einer Wahlperiode aus Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gewählten „Gremium zu Fragen der Kreditfinanzierung des Bundes“. In diesem Gremium ist neben dem BMF der Bundesrechnungshof ständig vertreten; weitere Teilnehmer können durch Beschluss des Gremiums hinzugezogen werden.

Die politische Verantwortung für das Kreditmanagement liegt beim BMF. Zur Wahrnehmung seiner Verantwortung sowie zur Steuerung und Kontrolle des Kreditmanagements erteilt das BMF der Finanzagentur und der Bundeswertpapierverwaltung die erforderlichen Weisungen.

6.1.1 Instrumente der Steuerung und Kontrolle

Das BMF hat in der Finanzagentur mehrere Systeme zur Steuerung und Kontrolle errichtet, die eine effiziente Aufgabenerfüllung unter Ausschluss vermeidbarer Risiken sicherstellen. Unterstützt wird dies durch die Organisationsstruktur der Finanzagentur, nach der die Bereiche Handel & Emissionsgeschäft, Strategie, Finanzen & Risikoüberwachung und die Interne Revision funktional und personell voneinander getrennt sind.

6.1.2 Kontrahentenlimitsystem

Im Rahmen der an die Finanzagentur gestellten Aufgaben bei der Liquiditätsplanung und dem Abschluss von derivativen Geschäften müssen die hieraus folgenden Ausfallrisiken berücksichtigt und gesteuert werden. Hierzu ist eine gezielte Einschränkung möglicher Verluste erforderlich. Deshalb hat die Finanzagentur in Zusammenarbeit mit dem BMF ein Kontrahentenlimitsystem implementiert, das die Limite für die einzelnen Kontrahenten der Finanzagentur von deren Bonität abhängig macht.

Bei der Ermittlung der Kontrahentenlimite werden mehrere Faktoren berücksichtigt wie die

- Kapitalbasis der Kontrahenten,
- jeweils gesetzlich vorgegebenen Eigenkapitalquoten,
- Liquiditätsrisiken aufgrund inkongruenter Refinanzierungen bei den Kontrahenten.

Mit einem Teil der Kontrahenten ist vereinbart worden, dass - soweit für den Bund aus den abgeschlossenen Geschäften Ausfallrisiken entstehen - Sicherheiten zu stellen sind.

Die Bonität der Kontrahenten sowie etwaige Risiken aufgrund des Sitzes der Geschäftspartner (Länderrisiko) werden laufend überwacht.

6.2 Steuerung mit dem Benchmarkportfolio

Die Steuerung des Schuldenmanagements des Bundes wird durch das Benchmark Managing Komitee (BMK) wahrgenommen. Das BMK besteht aus Vertretern der Finanzagentur und des BMF. Die Leitung hat das BMF. Im Kalenderjahr 2002 trat das BMK sechsmal zusammen.

Das BMK entscheidet über die von der Finanzagentur vorgelegten Strategieentwürfe. Eine solche Strategie umfasst

- das von der Agentur bevorzugte und alternativ mögliche Portfolio,
- verschiedene Szenarien und ein Wahrscheinlichkeitsmodell für die künftige Zinsentwicklung sowie
- Messgrößen für die Kosten und Risiken.

Ein Portfolio besteht aus den Kreditinstrumenten der Haushalts- und Kassenkreditaufnahme sowie den derivativen Instrumenten.

6.3 Erfolgsmessung mit dem Referenzportfolio

Der Erfolg des neu organisierten Schuldenmanagements des Bundes wird messbar gemacht. Als Vergleichsmaßstab dient ein Referenzportfolio, mit dem die bis zur Gründung der Finanzagentur im BMF praktizierten Grundsätze der Kreditaufnahme nachgebildet werden, ohne die neu zur Verfügung stehenden Instrumente zu verwenden.

7. Geschäftsverlauf

Besondere Bedeutung kam in der ersten Jahreshälfte dem gemeinsam von BMF und Finanzagentur erarbeiteten Benchmark-Konzept und dessen Einbindung in den so genannten Benchmark Managing Prozess (BMP) zu. Das Steuerungskonzept für das Kreditportfolio des Bundes und die Strategie des Swap-Einsatzes im laufenden Jahr wurde präsentiert und einvernehmlich beschlossen.

Die Grundzüge dieser Aktivitäten wurden dem neu geschaffenen „Gremium zu Fragen der Kreditfinanzierung des Bundes“ in den Sitzungen am 22. März (konstituierende Sitzung) und am 24. Juni 2002 im Rahmen weitergehender Tagesordnungen präsentiert.

Die technischen Grundlagen für den täglichen Ausgleich der Konten des Bundes bei der Bundesbank wurden weiter verbessert, unter anderem auch durch die Ausweitung des Kreises der Handelspartner im westeuropäischen Ausland.

Ende Mai wurden erstmalig Wertpapier-Pensionsgeschäfte unter Zugriff auf die Marktpflege- und Sekundärmarktbestände bei der Bundesbank abgeschlossen. Diese Transaktionen sollen zu einer weiteren Absenkung des Liquiditätsrisikos führen, künftig aber auch einen gewissen Beitrag zur Verringerung der Geldaufnahme-Kosten leisten. Gleichzeitig wurden die Vorbereitungen für die Wertpapierleihe und für die bereits angesprochenen Zinsswap-Geschäfte abgeschlossen.

Ebenfalls im Mai hat die Finanzagentur die Markt- und Kurspflegegeschäfte außerhalb der Parkettbörsen von der Bundesbank übernommen. Sie setzt damit die von der Notenbank gepflegte Tradition fort, stets für liquide Märkte und faire Preise für Bundesanleihen zu sorgen. Die Geschäfte erfolgten bisher ausschließlich über die elektronische Handelsplattform.

Die Durchführung der Auktionen für Einmalemissionen wurde durch neue technische Hilfsmittel so weit verbessert, dass die Zuteilungsentscheidungen innerhalb der ersten fünf Minuten nach Bietungsschluss getroffen werden können.

Im Rahmen der Entwicklung der Gesamtstrategie wurden der Emissionskalender 2003 erstellt und für den Nachtragshaushalt 2002 Vorschläge zur Finanzierung entwickelt und umgesetzt.

In der zweiten Jahreshälfte wurden durch die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH neue Geschäftsarten aufgenommen, wie Wertpapier-Pensionsgeschäfte (Juni), Zins-Swap-Geschäfte (Juli) und Wertpapierleihegeschäfte (Dezember). Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten war die Privatisierung des Vermögens der Hüttenknapp-schaftlichen Zusatzversicherung (HZV). Die Finanzforderungen der HZV wurden ab September an inländische Banken veräußert.

Die gemeinsam mit dem BMF abgestimmte Swapstrategie 2002 wurde mit Erfolg umgesetzt.

8. Anhang

8.1 Übersicht „Bundeswertpapiere auf einen Blick“

8.2 Rangliste der Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen 2002

8.3 Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen der Jahre 1999 bis 2002

8.4 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Ursprungslaufzeiten zum 31.12.2002

8.5 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Restlaufzeiten zum 31.12.2002

8.6 Schuldenstand und durchschnittliche Restlaufzeit der Jahre 1999 bis 2002

8.7 Statistik der Bundesschuld per 31.12.2002

8.8 Veränderung der Schuldenstände Insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen in den Jahren 1990 bis 2002

8.9 Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2002 zweckgebunden zur Schuldentilgung verwendeten Einnahmen sowie die Schuldenübernahme durch die Telekom

Übersicht
"Bundesschatzbriefe auf einen Blick"

Merkmale	Bundesschatzbriefe	Finanzierungsschätze	Bundessobligationen	Bundesanleihen	Bundesschatzanweisungen
Nennwert	0,01 €	0,01 €	0,01 €	0,01 €	0,01 €
Mindestauftrag	50 € 52 € Direkterwerb BWpV	500 €	Börse: kein Mindestauftrag 110 € Direkterwerb BWpV ¹⁾ (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio €)	Börse: kein Mindestauftrag (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio €)	Börse: kein Mindestauftrag (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio €)
Anlagehöchstbetrag	unbeschränkt	250.000 je Person und Geschäftstag	unbeschränkt; bei Direkterwerb BWpV ¹⁾ 50.000 € je Person und Geschäftstag ohne Wiederanlage und Umtausch	unbeschränkt	unbeschränkt
Zinszahlung	Typ A: jährlich Typ B: Zinsansammlung (Auszahlung der Zinsen mit Zinseszinsen bei Rückzahlung des Kapitals)	Abzinsung (Nennwert-Zinsen=Kaufpreis)	jährlich	jährlich	jährlich
Zinsberechnungsmethode	actual/actual	actual/actual	actual/actual	actual/actual	actual/actual
Laufzeit	Typ A: 6 Jahre Typ B: 7 Jahre	1 Jahr und 2 Jahre	5 Jahre	ca. 10 Jahre bzw. ca. 30 Jahre	2 Jahre
Rückzahlung	Typ A zum Nennwert Typ B zum Rückzahlungswert (=Nennwert+Zinsen)	zum Nennwert	zum Nennwert	zum Nennwert	zum Nennwert
Erwerber	nur natürliche Personen, sowie gebietsabsässige, gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Einrichtungen	jedermann außer Kreditinstitute	jedermann Direkterwerb BWpV * zu bestimmten Bedingungen ¹⁾	jedermann	jedermann
Verkauf bzw. vorzeitige Rückgabe	Ausgaben, die bis zum 31.12.01 emittiert wurden, können jederzeit nach dem ersten Laufzeitjahr bis zu insgesamt 10.000 DM und Ausgaben, die ab dem 01.01.02 emittiert wurden, bis zu 5.000 € je Gläubiger innerhalb 30 Zinstagen zurückgegeben werden	nicht möglich	nach Börseneinführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich bei Verkauf über BWpV ²⁾ ; zum Einheitspreis der Frankfurter Wertpapierbörse als Festpreis	nach Börseneinführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich bei Verkauf über BWpV ²⁾ ; zum Einheitspreis der Frankfurter Wertpapierbörse als Festpreis	nach Börseneinführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich bei Verkauf über BWpV ²⁾ ; zum Einheitspreis der Frankfurter Wertpapierbörse als Festpreis
Übertragbarkeit auf Dritte	jederzeit auf Erwerbsberechtigte	jederzeit auf Erwerbsberechtigte	jederzeit ³⁾	jederzeit ³⁾	jederzeit ³⁾
Verkaufsstellen Lieferung Verwahrung/Verwaltung	Bundesschatzbriefverwaltung ¹⁾ und Kreditinstitute Wertrechte (= Anteile an einer Sammelschuldbuchforderung oder Einzelschuldbuchforderung), keine effektiven Stücke Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften sowie Bundesschatzbriefverwaltung				
Kosten und Gebühren Erwerb	gebührenfrei	gebührenfrei	übliche Bankprovision gebührenfrei bei Direkterwerb BWpV ¹⁾	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision
Einlösung bei Fälligkeit	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei bei BWpV*, übliche Bankprovision	gebührenfrei bei BWpV* übliche Bankprovision	gebührenfrei bei BWpV* übliche Bankprovision
Verwaltung durch Kreditinstitute	Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren
Bundesschatzbriefverwaltung	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei

* Bundesschatzbriefverwaltung

1) der jeweils zuletzt börseneingeführten Bundesobligation durch natürliche Personen, sowie gebietsansässige, gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Einrichtungen

2) einmalige Gebühr von 0,4 % des Kurswertes

3) von einem Schuldbuchkonto auf ein anderes Schuldbuchkonto gebührenfrei

Rangliste der Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen 2002 ¹

Rang	Mitglieder der Bietergruppe
1	Deutsche Bank
2	Dresdner Bank
3	Morgan Stanley Bank
4	Bayerische Landesbank
5	Goldman, Sachs
6	BNP Paribas
7	Bayerische Hypo- und Vereinsbank
8	Credit Suisse First Boston
9	Salomon Brothers
10	UBS Warburg AG
11	ABN AMRO Bank
12	West LB AG
13	Commerzbank
14	ING BHF Bank
15	Merrill Lynch Capital Markets
16	Landesbank Baden-Württemberg
17	Helaba
18	Deutsche Postbank AG
19	HSBC Trinkhaus und Burkhardt
20	Hamburgische Landesbank
21	DZ Bank AG
22	Nord LB
23	Barclays Bank PLC Frankfurt Branch
24	DekaBank
25	Baden-Württembergische Bank
26	Bremer Landesbank
27	SEB
28	J.P. Morgan
29	Bankgesellschaft Berlin
30	Lehman Brothers
31	Société Générale S.A.
32	Landesbank Sachsen
33	Landesbank Berlin
34	Hesse Newman & Co. Aktiengesellschaft
35	Nomura Bank
36	SANPAOLO IMI S.p.A.
37	Stadtsparkasse Köln
38	Reuschel & Co. KG
39	Vereins- und Westbank
	Nordea Bank A/S
	The Royal Bank of Scotland

¹ Reihenfolge nach den im Jahr 2002 übernommenen gewichteten Zuteilungsbeträgen

Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen der Jahre 1999 bis 2002 (Mio. €)¹

Jahr	Bruttokreditaufnahme ²				Tilgung				Zinszahlung			
	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002
Bund	148.068	133.149	132.075	183.440	128.323	125.207	152.741	156.992	29.619	38.931	38.257	37.935
davon												
<i>Einmalemissionen</i>	126.200	121.145	123.554	175.049	83.962	96.516	88.892	128.695	25.352	30.650	31.388	33.083
Bundesanleihen	57.207	51.476	36.249	44.400	16.873	30.166	21.474	36.302	17.886	23.298	23.668	24.864
Bundesobligationen einschl. MTN ³	26.530	26.413	20.025	37.928	20.963	24.363	24.431	29.732	5.312	5.519	5.374	4.998
Bundesschatzanweisungen	22.725	24.000	36.252	44.928	26.076	22.474	21.725	24.000	1.835	1.515	1.833	2.507
Unverzinsliche Schatzanweisungen	19.738	19.256	31.028	47.793	20.050	19.513	21.262	38.661	319	318	513	714
<i>Daueremission</i>	2.151	4.648	3.184	3.667	8.673	10.058	12.926	12.205	3.575	2.672	2.497	1.921
Bundesschatzbriefe	1.017	3.134	1.928	2.301	6.793	8.764	11.523	10.798	3.492	2.613	2.428	1.846
Finanzierungsschätze	1.134	1.514	1.257	1.366	1.880	1.294	1.402	1.407	83	59	69	75
<i>Schuldscheindarlehen</i>	19.717	7.356	5.336	4.723	34.421	17.329	15.277	14.878	588	3986	3383	2.734
<i>Ausgleichsforderungen</i>	0	0	0	0	0	0	0	0	41	1575	866	191
<i>Altschulden der THA</i>	0	0	0	0	1.113	1.120	35.468	1.147	0	0	0	0
<i>Sonstige</i>	0	0	0	0	155	184	178	67	63	48	123	6
Fonds „Deutsche Einheit“	6.789	7.361	18.620	20.390	7.181	8.030	19.053	20.723	2.948	2.942	2.765	2.265
davon												
<i>Bundesanleihen und Anleihen des FDE</i>	4.414	5.102	0	10.602	0	4.602	8.692	9.715	1.987	2.158	2.221	1.171
<i>Bundesobligationen</i>	500	2.134	7.500	0	0	0	0	0	0	0	16	658
<i>Bundesschatzanweisungen</i>	275	0	3.748	72	0	0	275	0	0	0	11	158
<i>Schuldscheindarlehen</i>	1.600	125	7.372	9.716	7.181	3.428	10.086	11.008	961	784	517	268
Entschädigungsfonds (EALG)	59	72	81	84	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgleichsfonds (LAG)	0	0	0	0	0	0	0	0	41	39	38	37
Bund und Sondervermögen FDE, EALG und LAG	154.917	140.582	150.776	203.913	135.504	133.237	171.794	177.715	32.608	41.912	41.060	40.237
nachrichtlich:												
ERP Sondervermögen	416	4.638	3.011	3.266	1.630	2.193	2.362	3.266	1.276	1.168	1.248	1.281

1. Quelle: Bundeswertpapierverwaltung; Abweichungen durch Rundungen

2. Dabei ist der Aufbau von Eigenbeständen in Höhe von 4,4 Mrd. € nicht berücksichtigt. Unter Einbeziehung dieses Betrags ergibt sich eine Bruttokreditaufnahme von 179,1 Mrd. € (s. Tabelle 2)

3. MTN=Medium-Term-Note-Programm

Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Ursprungslaufzeiten zum 31.12.2002*

Kreditmarktmittel	Bund		FDE		ERP		Insgesamt		
	Schuldenstand	Rendite	Schuldenstand	Rendite	Schuldenstand	Rendite	Schuldenstand	Rendite	Anteil am Schuldenstand
	Mrd. €	%	%						
Insgesamt	729,2	5,04	39,4	4,77	19,5	5,73	788,1	5,04	100,0
davon									
unter 1Jahr	29,2	3,05	0,0	3,02			29,2	3,05	3,7
1 Jahr bis unter 2 Jahre	37,2	3,72					37,2	3,72	4,7
2 Jahre bis unter 3 Jahre	45,8	3,73	3,8	4,28			49,7	3,77	6,3
3 Jahre bis unter 4 Jahre	0,0						0,0		0,0
4 Jahre bis unter 5 Jahre	14,5	4,40	5,5	4,33			20,0	4,38	2,5
5 Jahre bis unter 6 Jahre	118,2	4,33	4,6	4,68	0,1	3,93	122,9	4,34	15,6
6 Jahre bis unter 7 Jahre	14,0	4,69			0,5	5,44	14,5	4,72	1,8
7 Jahre bis unter 8 Jahre	5,6	5,27	0,6	3,28	1,9	5,50	8,1	5,18	1,0
8 Jahre bis unter 9 Jahre	2,6	5,54	0,6	5,45	1,7	5,49	4,9	5,51	0,6
9 Jahre bis unter 10 Jahre	82,5	4,82	21,0	4,94	6,7	5,34	110,2	4,87	14,0
10 Jahre bis unter 12 Jahre	300,8	5,77	3,3	5,21	8,3	6,12	312,5	5,78	39,7
12 Jahre bis unter 15 Jahre	0,5	5,85	0,0		0,1	8,02	0,6	6,17	0,1
15 Jahre bis unter 20 Jahre	0,8	5,69	0,0		0,1	6,91	0,9	5,85	0,1
20 Jahre bis unter 25 Jahre	0,1	8,77	0,0		0,0		0,1	8,77	0,0
25 Jahre bis unter 30 Jahre	0,0	6,50	0,0		0,0	7,37	0,1	7,26	0,0
30 Jahre und länger	77,2	5,78	0,0		0,0		77,2	5,78	9,8

*ohne Berücksichtigung der Eigenbestände; nur Kreditmarktmittel; gewogen mit dem Kapitalbetrag

Quelle: Bundeswertpapierverwaltung

Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Restlaufzeiten zum 31.12.2002*

Kreditmarktmittel	Bund		FDE		ERP		Insgesamt		
	Schuldenstand	Rendite	Schuldenstand	Rendite	Schuldenstand	Rendite	Schuldenstand	Rendite	Anteil am Schuldenstand
	Mrd. €	%	%						
Insgesamt	729,2	5,04	39,4	4,77	19,5	5,73	788,1	5,04	100,0
davon									
unter 1Jahr	152,9	4,70	6,1	4,78	3,2	6,91	162,3	4,75	20,6
1 Jahr bis unter 2 Jahre	102,6	4,49	0,7	3,67	1,1	6,00	104,3	4,50	13,2
2 Jahre bis unter 3 Jahre	66,4	5,96	2,8	5,08	3,1	6,51	72,3	5,95	9,2
3 Jahre bis unter 4 Jahre	51,7	5,50	7,5	4,39	0,8	5,61	60,0	5,36	7,6
4 Jahre bis unter 5 Jahre	81,6	5,04			1,3	5,44	82,9	5,04	10,5
5 Jahre bis unter 6 Jahre	38,1	4,62	2,2	5,15	2,8	5,23	43,1	4,69	5,5
6 Jahre bis unter 7 Jahre	41,9	4,24	3,2	4,11	0,8	4,47	45,9	4,24	5,8
7 Jahre bis unter 8 Jahre	33,5	5,41	5,8	5,27	1,2	5,33	40,4	5,39	5,1
8 Jahre bis unter 9 Jahre	44,5	5,19	0,5	5,21	2,2	5,00	47,2	5,18	6,0
9 Jahre bis unter 10 Jahre	38,4	4,93	10,6	4,83	3,0	5,16	52,0	4,92	6,6
10 Jahre bis unter 12 Jahre	0,0		0,0		0,0		0,0		0,0
12 Jahre bis unter 15 Jahre	4,5	6,01	0,0		0,0	7,37	4,6	6,02	0,6
15 Jahre bis unter 20 Jahre	0,2	5,36	0,0		0,0		0,2	5,36	0,0
20 Jahre bis unter 25 Jahre	21,5	6,39	0,0		0,0		21,5	6,39	2,7
25 Jahre bis unter 30 Jahre	51,4	5,51	0,0		0,0		51,4	5,51	6,5
30 Jahre und länger	0,0		0,0		0,0		0,0		0,0

*ohne Eigenbestände; nur Kreditmarktmittel, gewogen mit dem Kapitalbetrag

Quelle: Bundeswertpapierverwaltung

**Schuldenstand in Mio. € und
durchschnittliche Restlaufzeit zum Jahresende der Jahre 1999 bis 2002**

	1999		2000		2001		2002	
	Schuldenstand	Gewogene durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren/Monaten						
Bund	682.306	5 J 10 M	725.453	6 J 2 M	706.170	6J 0M	733.643	6J 0M
Anleihen	396.883	8 J 0 M	424.717	8 J 6 M	441.243	8J 4M	462.941	8J 5M
Medium-Term-Notes	1.688	3 J 0 M	1.356	2 J 7 M	956	2J 5M	368	5J 0M
Bundessobligationen	124.740	2 J 6 M	129.256	2 J 6 M	132.750	2J 6M	141.585	2J 8M
Bundesschatzbriefe	41.620	2 J 3 M	35.990	1 J 11 M	26.394	1J 10M	17.896	2J 3M
Bundesschatzanweisungen	44.474	1 J 1 M	46.000	1 J 1 M	64.000	1J 3M	85.000	1J 1M
U-Schätze	9.969	0 J 2 M	9.712	0 J 2 M	19.478	0J 2M	28.610	0J 3M
Finanzierungsschätze	1.584	0 J 8 M	1.804	0 J 9 M	1.658	0J 8M	1.593	0J 8M
Schuldscheindarlehen	64.704	4 J 0 M	54.731	3 J 8 M	44.790	3J 5M	34.621	3J 2M
Andere Finanzschulden	5.028	26 J 5 M	4.844	26 J 5 M	4.666	26J 2M	4.518	26J 1M
Mitschuld	-8.384	8 J 5 M	-17.042	7 J 11 M	-29.766	5J 9M	-43.489	6J 1M
FDE	40.876	2J 11M	40.208	3J 5M	39.775	3J 7M	39.441	5J 4M
Anleihen	23.008	1J 6M	18.407	0J 9M	9.715	0J 1M		
Schuldscheindarlehen	10.481	4J 1M	7.178	1J 7M	4.464	1J 5M	3.172	0J 9M
Mitschuld	7.387	8J 8M	14.623	7J 9M	25.596	5J 4M	36.269	5J 8M
ERP	16.399	4J 0M	18.845	4J 4M	19.493	4J 4M	19.493	4J 10M
Anleihen	5.624	2J 11M	5.624	1J 11M	5.624	0J 11M	3.068	0J 4M
Schuldscheindarlehen	9.778	4J 1M	10.801	4J 6M	9.699	4J 6M	9.205	3J 9M
Mitschuld	997	8J 8M	2.419	8J 10M	4.171	8J 6M	7.220	8J 1M

Bemerkung: Angaben vor Abzug der Eigenbestände

Statistik der Bundesschuld

Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen

– soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet –

nach dem Stand vom 31.12.2002

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

A. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDNERN UND SCHULDENGRUPPEN		
	STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
	31.12.2002	31.12.2001
01.	BUNDESREPUBL.DEUTSCHLAND	
01.1.	Finanzierungskredite	733.767.763.500
	abzüglich Eigenbestände	17.780.650.822
01.2.	Kassenverstärkungskredite	6.007.851.538
01.4.	Beitrittsverpflichtungen	2.090.179.227
01.5.	Gewährleistungen	229.204.990.935
01.	Gesamtschuld ohne Eigenbestände, Kassen- verstärkungskredite, Beitrittsverpfl. und Gewährl. (BWpV-verwaltet)	715.987.112.678
	zuzügl von BWpV nicht verwalteter Schulden ¹⁾	3.409.714.511
	Schuld der Bundesrepublik Deutschland	719.396.827.189
	Mitschuld des Bundes für den Lastenausgleichsfonds (LAG)	276.570
	Gesamtschuld der Bundesrepublik Deutschland einschl Mitschuld des Bundes für den Lastenausgleichsfonds (LAG)	719.397.103.759
	nachrichtlich:Vertragskredite der ehem. DB, deren Zahlungen schon geleistet sind.	42.273.852

¹⁾ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF)
sowie Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe (Quelle: BMF)

Statistik der Bundesschuld

Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

A. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDNERN UND SCHULDENGRUPPEN		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2002	31.12.2001
04.	ERP SONDERVERMÖGEN		
04.1.	Finanzierungskredite	19.492.655.167	-798.870
	abzüglich Eigenbestände	92.455.476	-239.915.829
04.5.	Gewährleistungen	134.788.189	9.817.683
	Gesamtschuld ohne Eigenbestände und Gewährleistungen	19.400.199.691	239.116.960 *
05.	AUSGLEICHSFONDS (LAG)		
05.1.	Finanzierungskredite	276.570	-33.269
05.	Gesamtschuld	276.570	-33.269 *
06.	FONDS "DEUTSCHE EINHEIT"		
06.1.	Finanzierungskredite	39.440.927.420	-333.143.042
	abzüglich Eigenbestände	0	-136.090.552
06.	Gesamtschuld ohne Eigenbestände	39.440.927.420	-197.052.491 *
nachr.	Kassenverstärkungskredite des FDE	0	0
10.	ENTSCHÄDIGUNGSFONDS		
10.1.	Finanzierungskredite	1.022.583.762	0
	davon noch nicht ausgereicht	652.594.777	-80.464.308
10.	Zwischensumme	369.988.986	80.464.308 *
	abzüglich Eigenbestände	881.292	-3.647.364
10.	Gesamtschuld ohne Eigenbestände	369.107.694	84.111.672 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

A. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDNERN UND SCHULDENGRUPPEN		
	STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
	31.12.2002	31.12.2001
NACHRICHTLICH		
11.	DEUTSCHE TELEKOM AG	
	(Ehem Deutsche Bundespost)	
11.1.	Finanzierungskredite	14.190.272.316
		-8.183.225.436
11.1.	Gesamtschuld	14.190.272.316
		-8.183.225.436 *
NACHRICHTLICH ¹⁾		
ZUM STICHTAG 31.12.2002 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE		
SCHULDEN DER SONDERVERMÖGEN		
02.	BUNDESEISENBAHNVERMÖGEN	
02.1.	Finanzierungskredite	21.453.913.802
		-6.916.277.323
	abzüglich Eigenbestände	51.422.846
		-153.685.857
02.	Gesamtschuld ohne Eigenbestände	21.402.490.956
		-6.762.591.466 *
	nachrichtlich:Vertragskredite der ehem. DB, deren Zahlungen schon geleistet sind.	42.273.852
		295.297
08.	AUSGLEICHSFONDS STEINKOHLE	
08.1.	Finanzierungskredite	490.840.206
		-224.457.136
08.	Gesamtschuld	490.840.206
		-224.457.136 *
09.	ERBLASTENTILGUNGSFONDS	
09.1.	Finanzierungskredite	62.602.542.934
		-18.654.519.286
	abzüglich Eigenbestände	1.634.924.503
		-977.122
	Gesamtschuld ohne Eigenbestände (BWpV-verwaltet)	60.967.618.430
		-18.653.542.164 *
09.1.4.	zuzügl. von BWpV nicht verwalteter Schulden 2)	3.369.246.226
		-1.141.242.191
09.1.	Gesamtschuld	64.336.864.657
		-19.794.784.354 *

¹⁾ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999

²⁾ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF)

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2002	ÄND.GGÜB. 31.12.2001
01.	BUNDESREPUBL.DEUTSCHLAND		
01.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
01.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
01.1.1.010	Anleihen		
01.1.1.008.	zinsvariable Anleihen des Bundes	5.112.918.812	0
01.1.1.009.	30-jährige Anleihen des Bundes	76.980.766.737	6.000.000.000
01.1.1.011.	10-jährige Anleihen des Bundes	337.387.564.369	31.037.032.868
01.1.1.015.	Anleihen des Bundeseisenbahnvermögens	2.556.459.407	-5.112.918.813
01.1.1.014.	Anleihen der Treuhandanstalt	40.903.350.496	-10.225.837.624
01.1.1.010		462.941.059.821	21.698.276.431 *
01.1.1.021.	Bundesschatzbriefe		
01.1.1.021.	Bundesschatzbriefe	141.585.635.164	8.835.241.944
01.1.1.026.	Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt	368.095.154	-588.020.663
01.1.1.030.	Bundesschatzbriefe		
01.1.1.031.	Typ A	14.292.775.984	-7.958.377.177
01.1.1.032.	Typ B	3.604.082.466	-538.897.514
01.1.1.030.		17.896.858.449	-8.497.274.692 *
01.1.1.041.	Bundesschatzanweisungen	85.000.000.000	21.000.000.000
01.1.1.050.	Unverzinsliche Schatzanweisungen		
01.1.1.051.	mit einer Laufzeit bis zu 12 Monaten	28.394.795.440	9.131.677.590
01.1.1.052.	mit einer Laufzeit über 12 Monate	215.000.000	0
01.1.1.050.		28.609.795.440	9.131.677.590 *
01.1.1.057.	Finanzierungs-Schätze		
01.1.1.057.	mit einer Laufzeit von 12 Monaten	948.550.414	-56.801.221
01.1.1.058.	mit einer Laufzeit von 24 Monaten	668.921.775	15.978.996
		1.617.472.189	-40.822.225 *
01.1.1.070.	Schuldscheindarlehen		
01.1.1.071.	des Bundes	5.062.065.546	-542.257.372
01.1.1.081.	des Bundeseisenbahnvermögens	15.048.695.401	-1.443.876.862
01.1.1.082.	des Ausgleichsfonds Steinkohle	337.452.642	-224.457.136
01.1.1.086	der Treuhandanstalt	255.645.941	-1.117.172.760
01.1.1.079	des Kreditabwicklungsfonds	1.544.101.481	-1.994.038.337
01.1.1.085	des Erblastentilgungsfonds	12.373.263.525	-4.729.449.901
01.1.1.070.		34.621.224.535	-10.051.252.368

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2002	31.12.2001
01.1.1.204.	Mitschuld des ERP-Sondervermögens	-7.219.667.816	-3.049.057.202
	davon Bundesanleihen	-7.168.603.222	-2.997.992.608
	davon Bundesobligationen	-51.064.594	-51.064.594
	davon Bundesschatzanweisungen	0	0
01.1.1.206.	Mitschuld des Fonds "Deutsche Einheit"	-36.268.977.696	-10.673.224.223
	davon Bundesanleihen	-22.315.375.638	-10.601.643.359
	davon Bundesobligationen	-10.134.021.194	0
	davon Bundesschatzanweisungen	-3.819.580.863	-71.580.863
01.1.1.200.	Summe Mitschuld	-43.488.645.512	-13.722.281.425 *
01.1.1.	Summe der Kreditmarktmittel	729.151.495.241	27.765.544.592 **
01.1.3.	SONDERKREDITE		
01.1.3.094.	WGS-Wohnungsbauobligationen	64.504.584	-56.732.947
	der Deutsche Lebensversicherungs AG		
01.1.1.199.	Vertragskredite des BEV	13.801.932	-103.814.590
01.1.3.	Summe der Sonderkredite	78.306.515	-160.547.538 *
01.1.4.	AUSGLEICHSFORDERUNGEN U. SONSTIGE ALTSCHULDEN		
01.1.4.100.	Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank		
01.1.4.101.	Ausgleichsforderungen nach Bundesbankgesetz UEG und UG	4.144.136.334	0
01.1.4.102.	Zinsfreie Schuldverschreibung nach MILREG G Nr.67	279.762.802	0
01.1.4.111.	Ausgleichsforderungen der Banken und Sparkassen UEG	15.947.879	0
01.1.4.	Summe der Ausgleichsforderungen und sonstigen Altschulden	4.439.847.016	0 *
01.1.5.	AUSLANDSSCHULDEN NACH LONDONER SCHULDENABKOMMEN		
01.1.5.172.	Dawes - Anleihe Fundierungsausgabe	19.494.805	-3.186.962
01.1.5.174.	Young - Anleihe Fundierungsausgabe	56.214.571	-3.621.042
01.1.5.176.	Preußen - Anleihe	6.016.120	-1.313.961
01.1.5.179.	Kreuger - Anleihe	12.922.951	-2.568.709
01.1.5.		94.648.448	-10.690.673 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2002	31.12.2001
01.1.	<u>RÜCKSTÄNDE</u>		
01.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
01.1.1.010.			
01.1.1.011.	Anleihen des Bundes	364.807	10.584
01.1.1.015.	Anleihen des Bundeseisenbahnvermögens	267.569	-21.116
01.1.1.010.		632.376	-10.533 *
01.1.1.021.	Bundessobligationen	57.674	-42.233
01.1.1.030.	Bundesschatzbriefe		
01.1.1.031.	Typ A	638.432	68.904
01.1.1.032.	Typ B	235.552	-26.101
01.1.1.030.		873.984	42.803 *
01.1.1.041.	Bundesschatzanweisungen	0	0
01.1.1.050.	Finanzierungs-Schätze		
01.1.1.057.	mit einer Laufzeit von 12 Monaten	52.247	39.454
01.1.1.058.	mit einer Laufzeit von 24 Monaten	37.372	30.770
01.1.1.050.		89.619	70.225 *
01.1.1.		1.653.653	60.262 *
01.1.4.	AUSGLEICHSFORDERUNGEN U. SONSTIGE ALTSCHULDEN		
01.1.4.160.	Ablösungs- und Entschädigungsschuld		
01.1.4.161.	Ablösungsschuld	121.578	-44
01.1.4.163.	Ablösungsschuld des BEV	384	0
01.1.4.162.	Entschädigungsschuld	88.725	0
01.1.4.		210.686	-44 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2002	ÄND.GGÜB. 31.12.2001
01.1.5.	RÜCKSTÄNDE BEI AUSLANDSSCHULDEN NACH DEM LONDONER SCHULDENABKOMMEN		
01.1.5.170.	Bereinigte Auslandsschulden d. Reichs, Preußen, Koka incl nicht zugeteilter und ausgeloster Verfügungsbestände		
01.1.5.171.	Dawes - Anleihe Konversionsausgabe	32.237	-5.554
01.1.5.172.	Dawes - Anleihe Fundierungsausgabe	490.428	-55.141
01.1.5.174	Young - Anleihe Fundierungsausgabe	298.540	-62.165
01.1.5.175.	Anleihen der Konversionskasse	6.518	-631
01.1.5.176	Preußen - Anleihe Fundierungsausgabe	761.466	-9.327
01.1.5.179	Kreuger - Anleihe	4.798	-82
01.1.5.170.		1.593.987	-132.899 *
01.1.5.180.	Ausl. Bonds Entschädigungs-Schuld- verschreibungen und Schuldbuchforderungen		
01.1.5.181.	ABE Schuldverschreibungen 1960	1.651	-301
01.1.5.182.	ABE Schuldbuchforderungen	4.834	-131
01.1.5.183.	ABE Schuldbuchforderungen mit Kürzungsrisiko	1.468	0
01.1.5.180.		7.954	-433 *
01.1.5.		1.601.940	-133.332 *
01.1.	FINANZIERUNGSKREDITE	733.767.763.500	27.594.233.267 *
	ABZGL. EIGENBESTÄNDE	17.780.650.822	4.346.195.956
01.1.	<u>GESAMTSCHULD DER FINANZ.-KREDITE</u> (BWpV-VERWALTET)	715.987.112.678	23.248.037.311 **

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2002	ÄND.GGÜB. 31.12.2001
zuzüglich von der BWpV nicht verwaltete Schulden:			
01.1.4.195	Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe (Quelle: BMF)	40.468.285	-5.148
01.1.4.250	Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der THA (Quelle: BMF)		
	Ausgleichsforderungen nach §24 DM-Bilanzgesetz	2.645.984	-3.163.742
	Schuldbuchford. aus der Übertragung von Grundverm.	27.108	-23.746
	Verb. aus der Altguthaben-Ablösungsanleihe	1.569.972	-4.677
	Verb. aus der Zut. von Ausgleichsford. g.d. AF Währungsumstellung	3.402.177.339	-1.138.603.640
	Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten	-37.174.177	553.614
01.1.4.250		3.369.246.226	-1.141.242.191
01.1.	<u>GESAMTSCHULD DER FINANZ.-KREDITE</u>	719.396.827.189	22.106.789.972 ***
01.2.	<u>KASSENVERSTÄRK. KREDITE</u>		
01.2.0.192.	Kassenverstärkungskredite am Geldmarkt	3.725.971.812	-60.972.588
01.2.0.193	Kassenverstärkungskredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	2.281.879.726	2.281.879.726
01.2.		6.007.851.538	2.220.907.138 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2002	ÄND.GGÜB. 31.12.2001
01.4.	<u>BEITRITTSVERPFLICHTUNGEN</u>		
01.4.0.076.	Beteiligungs-Schuldscheine	2.090.179.227	-411.315.354
01.4.		2.090.179.227	-411.315.354 *
01.5.	<u>GEWÄHRLEISTUNGEN</u>		
01.5.7.	GEWÄHRLEISTUNGEN NACH DEM HAUSHALTSGESETZ		
01.5.7.341.	Gewährleistungen für Ausfuhren	103.002.463.824	288.755.483
01.5.7.351.	Kapitalanlagen, ungeb. Finanzkredite und EIB	27.759.968.986	1.632.241.030
01.5.7.352	FZ-Verbundfinanzierungen	757.220.472	-40.635.681
01.5.7.361.	Gewährleistungen für Bevorratung auf dem Ernährungsgebiet	6.135.502.574	0
01.5.7.381.	Gewährleistungen zug. der Innenwirtschaft	49.724.648.644	-12.247.246.673
01.5.7.411.	Gewährleistungen in Form von Haftungskapital für Internationale Finanz. Institute	40.255.481.232	8.617.673.033
01.5.7.421.	Gewährleistungen für die Treuhandanstalt- nachfolgeorganisationen (§14 HG 1995)	1.374.935.910	25.483.248
01.5.7.		229.010.221.641	-1.723.729.561 *
01.5.8.	GEWÄHRLEISTUNGEN NACH SONDERGESETZEN		
01.5.8.301.	Gewährleistungen zu Gunsten des Ausgleichsfonds	0	-8.590
01.5.8.321.	Garantie für Berliner Anleihe von 1958	1.023	0
01.5.8.331	Gewährleistungen des BEV	194.768.271	-8.369.789
01.5.8.		194.769.293	-8.378.379 *
01.5.		229.204.990.935	-1.732.107.939 *
nachrichtlich:			
01.6.3.198.	Vertragskredite der ehem. DB, deren Zahlungen schon geleistet sind.	42.273.852	295.297

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2002	31.12.2001
04.	ERP SONDERVERMÖGEN		
04.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
04.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
04.1.1.017.	Anleihen des ERP-Sondervermögens	3.067.751.288	-2.556.459.406
04.1.1.070.	Schuldscheindarlehen		
04.1.1.073.	für allg. Aufgaben des ERP-Sondervermögens	3.356.056.943	-242.863.644
04.1.1.074.	für "DDR-Programm"	5.849.179.121	-250.533.022
04.1.1.070.		9.205.236.063	-493.396.665 *
04.1.1.204.	Mitschuld des ERP-Sondervermögens	7.219.667.816	3.049.057.202
	davon Bundesanleihen	7.168.603.222	2.997.992.608
	davon Bundesobligationen	51.064.594	51.064.594
	davon Bundesschatzanweisungen	0	0
04.1.		19.492.655.167	-798.870 *
	ABZGL. EIGENBESTÄNDE	92.455.476	-239.915.829
	GESAMTSCHULD	19.400.199.691	239.116.960 **
04.5.	GEWÄHRLEISTUNGEN		
04.5.8.	GEWÄHRLEISTUNGEN NACH SONDERGESETZEN		
04.5.8.311.	Gewährleistungen zu Gunsten der Deutschen Wirtschaft durch ERP	4.328.550	-5.803.116
04.5.8.491.	Gewährleistungen nach dem ERP Wirtschaftsplangesetz	130.459.639	15.620.799
04.5.		134.788.189	9.817.683 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2002	ÄND.GGÜB. 31.12.2001
05.	AUSGLEICHSFONDS (LAG)		
05.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
05.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
05.1.1.071.	Schuldscheindarlehen	266.600	-33.269
05.1.1.		266.600	-33.269 *
05.1.	<u>RÜCKSTÄNDE</u>		
05.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
05.1.1.010.	Anleihen		
05.1.1.011.	Anleihen	1.636	0
05.1.1.012.	LAB-Anleihen (Erfüllungsübernahme durch den Bund)	8.334	0
05.1.1.		9.970	0 *
05.	GESAMTSCHULD	276.570	-33.269 **

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2002	31.12.2001
06.	FONDS "DEUTSCHE EINHEIT"		
06.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
06.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
06.1.1.013.	Anleihen des Fonds "Deutsche Einheit"	0	-9.714.545.744
06.1.1.077.	Schuldscheindarl. des Fonds "Deutsche Einheit"	3.171.948.344	-1.291.821.010 *
06.1.1.206.	Mitschuld des Fonds "Deutsche Einheit"	36.268.977.696	10.673.224.223
	davon Bundesanleihen	22.315.375.638	10.601.643.359
	davon Bundesobligationen	10.134.021.194	0
	davon Bundesschatzanweisungen	3.819.580.863	71.580.863
06.1.	Summe Kreditmarktmittel	39.440.926.040	-333.142.531 *
	RÜCKSTÄNDE	1.380	-511
	ABZGL. EIGENBESTÄNDE	0	-136.090.552
06.	GESAMTSCHULD	39.440.927.420	-197.052.491 **
nachrichtl.	Kassenverstärkungskredite	0	0

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2002	ÄND.GGÜB. 31.12.2001
10.	ENTSCHÄDIGUNGSFONDS		
10.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>	1.022.583.762	0
	davon noch nicht ausgereicht	652.594.777	-80.464.308
10.	ZWISCHENSUMME	369.988.986	80.464.308 *
	ABZGL. EIGENBESTÄNDE	881.292	-3.647.364
10.	GESAMTSCHULD	369.107.694	84.111.672 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2002	ÄND.GGÜB. 31.12.2001
11.	NACHRICHTLICH DEUTSCHE TELEKOM AG (EHEM. DEUTSCHE BUNDESPOST)		
11.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
11.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
11.1.1.011.	Anleihen	11.759.713.273	-7.873.894.973
11.1.1.026	Medium-Term-Notes	281.210.535	0
11.1.1.041.	Postschatzanweisungen	237.266.119	0
11.1.1.072.	Schuldscheindarl. der Deutschen Bundespost	1.911.840.651	-309.331.588 *
11.1.1.		14.190.030.577	-8.183.226.561 *
11.1.	<u>RÜCKSTÄNDE</u>		
11.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
11.1.1.011.	Anleihen	241.739	1.125
11.1.	GESAMTSCHULD	14.190.272.316	-8.183.225.436 **

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2002	31.12.2001
NACHRICHTLICH: ZUM STICHTAG 31.12.2002 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DES BUNDESEISENBAHNVERMÖGENS ¹⁾			
02.			
02.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
02.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
02.1.1.011.	Anleihen	2.556.459.407	-5.112.918.813
02.1.1.071.	Schuldscheindarlehen	15.048.695.401	-1.443.876.862
02.1.1.202.	Mitschuld des Bundeseisenbahnvermögens (bis zum 31.12.1998)	3.834.689.109	-255.645.941
02.1.1.		21.439.843.917	-6.812.441.616 *
02.1.3.	SONDERKREDITE		
02.1.3.199.	Vertragskredite des BEV	13.801.932	-103.814.590
02.1.	<u>RÜCKSTÄNDE</u>		
02.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
02.1.1.011.	Anleihen	267.569	-21.116
02.1.1.		267.569	-21.116 *
02.1.4.	AUSGLEICHSFORDERUNGEN U. SONSTIGE ALTSCHULDEN		
02.1.4.163.	Ablösungsschuld	384	0
02.		21.453.913.802	-6.916.277.323 *
	ABZGL. EIGENBESTAND	51.422.846	-153.685.857
	GESAMTSCHULD	21.402.490.956	-6.762.591.466
nachrichtlich:			
02.6.3.198.	Vertragskredite der ehem. DB, deren Zahlungen schon geleistet sind.	42.273.852	295.297

¹⁾ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2002	ÄND.GGÜB. 31.12.2001
08.	NACHRICHTLICH: ZUM STICHTAG 31.12.2002 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DES AUSGLEICHSFONDS STEINKOHLE ¹⁾		
08.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
08.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
08.1.1.071.	Schuldscheindarlehen	337.452.642	-224.457.136
08.1.1.208	Mitschuld des Ausgleichsfonds Steinkohle (bis zum 31.12.1998)	153.387.564	0
08.	GESAMTSCHULD	490.840.206	-224.457.136 *

¹⁾ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2002	31.12.2001
NACHRICHTLICH:			
ZUM STICHTAG 31.12.2002 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DES			
09.	ERBLASTENTILGUNGSFONDS ¹⁾		
09.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
09.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
09.1.1.014.	Anleihen der Treuhandanstalt	40.903.350.496	-10.225.837.624
09.1.1.026.	Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt	368.095.154	-588.020.663
09.1.1.070.	Schuldscheindarlehen		
09.1.1.071.	der Treuhandanstalt	255.645.941	-1.117.172.760
09.1.1.079.	des Kreditabwicklungsfonds	1.544.101.481	-1.994.038.337
09.1.1.085.	des Erblastentilgungsfonds	12.373.263.525	-4.729.449.901
09.1.1.070.		14.173.010.947	-7.840.660.998 *
09.1.1.209.	Mitschuld des Erblastentilgungsfonds (bis zum 31.12.1998)	7.158.086.337	0
09.1.1.		62.602.542.934	-18.654.519.286 *
	ABZGL. EIGENBESTAND	1.634.924.503	-977.122
	GESAMTSCHULD (BWpV-VERWALTET)	60.967.618.430	-18.653.542.164 **
09.1.4.250	von der BWpV nicht verwaltete Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden ²⁾	3.369.246.226	-1.141.242.191
09.1.	GESAMTSCHULD	64.336.864.657	-19.794.784.354 **

¹⁾ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999

²⁾ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF)

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2002

C: EIGENBESTÄNDE

	STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
	31.12.2002	31.12.2001
01. BUNDESREPubL.DEUTSCHLAND		
01.1.1.008. zinsvariable Anleihen des Bundes	40.763.329	-34.038.993
01.1.1.009. 30-jährige Anleihen des Bundes	1.866.849.995	21.271.891
01.1.1.011. 10-jährige Anleihen des Bundes	7.305.311.354	1.902.429.292
01.1.1.021. Bundesobligationen	3.917.063.802	1.212.027.050
01.1.1.041. Bundesschatzanweisungen	2.964.314.993	1.399.169.696
01.1.1.015. Anleihen des BEV	51.422.846	-153.685.857
01.1.1.014. Anleihen der THA	1.634.924.503	-977.122
01.	17.780.650.822	4.346.195.956 *
04. ERP SONDERVERMÖGEN		
04.1.1.017. Anleihen des ERP-Sondervermögens	92.455.476	-239.915.829
04.	92.455.476	-239.915.829 *
06. FONDS "DEUTSCHE EINHEIT"		
06.1.1.013. Anleihen des Fonds "Deutsche Einheit"	0	-136.090.552
06.	0	-136.090.552 *
10. ENTSCHÄDIGUNGSFONDS		
10.1.1.18 noch nicht ausgereichte Entschädigungs- schuldverschreibungen	652.594.777	-80.464.308
Eigenbestände (Marktpflege)	881.292	-3.647.364
10.	653.476.069	-84.111.672 *

**Veränderung der Schuldenstände insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen
in den Jahren 1990 bis 2002**

Anhang 8.8

Insgesamt Bund und Sondervermögen

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	50.286	106.151	367.055	0	367.055	
1991	67.260	111.241	411.036	0	411.036	43.981
1992	60.309	100.144	450.871	2.226	453.097	42.061
1993	49.831	106.856	507.896	0	507.896	54.799
1994	70.093	100.657	538.461	151	538.612	30.716
1995	180.471	299.071	657.060	1.302	658.362	119.750
1996	104.974	140.848	692.934	4.544	697.478	39.116
1997	140.205	170.683	723.411	7.239	730.650	33.172
1998	144.212	164.279	743.478	6.321	749.799	19.150
1999	334.593	355.651	764.536	6.489	771.025	21.226
2000	135.429	144.750	773.857	937	774.793	3.768
2001	174.156	156.674	756.374	3.858	760.232	-14.561
2002	180.976	203.209	778.607	6.007	784.614	24.382

**Veränderung der Schuldenstände insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen
in den Jahren 1990 bis 2002**

Anhang 8.8

Bundesrepublik Deutschland

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	40.195	66.603	277.162	0	277.162	
1991	46.901	69.319	299.580	0	299.580	22.418
1992	42.706	53.298	310.172	2.226	312.398	12.818
1993	35.868	76.025	350.330	0	350.330	37.931
1994	47.052	60.964	364.242	0	364.242	13.912
1995	64.787	86.184	385.638	1.279	386.917	22.676
1996	57.841	98.184	425.982	3.400	429.382	42.464
1997	95.063	128.726	459.645	3.385	463.030	33.648
1998	92.189	120.495	487.950	1.818	489.768	26.739
1999	128.323	348.646	708.273	5.755	714.028	224.260
2000	125.207	132.520	715.586	192	715.778	1.750
2001	152.741	134.445	697.290	3.858	701.148	-14.630
2002	156.986	179.093	719.397	6.007	725.404	24.256

Fonds "Deutsche Einheit"

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	0	10.123	10.120	0	10.120	
1991	1.849	17.540	25.811	0	25.811	15.691
1992	888	13.102	38.025	0	38.025	12.214
1993	1.052	7.854	44.828	0	44.828	6.803
1994	2.642	3.566	45.752	151	45.903	924
1995	6.643	5.447	44.557	23	44.580	-1.195
1996	11.001	9.161	42.717	449	43.166	-1.840
1997	4.888	2.902	40.731	727	41.458	-1.986
1998	4.425	4.224	40.530	665	41.196	-201
1999	7.181	6.753	40.103	734	40.837	-428
2000	8.030	7.608	39.681	745	40.425	-422
2001	19.053	19.011	39.638	0	39.638	-43
2002	20.723	20.526	39.441	0	39.441	-197

**Veränderung der Schuldenstände insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen
in den Jahren 1990 bis 2002**

Anhang 8.8

ERP Sondervermögen

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	507	1.801	4.747	0	4.747	
1991	484	4.081	8.344	0	8.344	3.596
1992	608	4.681	12.416	0	12.416	4.072
1993	483	2.517	14.450	0	14.450	2.034
1994	614	501	14.338	0	14.338	-112
1995	948	4.096	17.486	0	17.486	3.148
1996	1.380	1.347	17.453	0	17.453	-33
1997	739	491	17.205	0	17.205	-248
1998	1.536	1.797	17.465	0	17.465	260
1999	1.630	193	16.028	0	16.028	-1.437
2000	2.193	4.551	18.386	0	18.386	2.358
2001	2.362	3.137	19.161	0	19.161	775
2002	3.266	3.505	19.400	0	19.400	239

Entschädigungsfonds

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	0	0	0	0	0	
1991	0	0	0	0	0	0
1992	0	0	0	0	0	0
1993	0	0	0	0	0	0
1994	0	0	0	0	0	0
1995	0	0	0	0	0	0
1996	0	5	5	0	5	5
1997	0	23	28	0	28	23
1998	0	45	73	0	73	45
1999	0	59	132	0	132	59
2000	0	72	204	0	204	72
2001	0	81	285	0	285	81
2002	0	84	369	0	369	84

**Veränderung der Schuldenstände insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen
in den Jahren 1990 bis 2002**

Anhang 8.8

Erblastentilgungsfonds (vor 1995 Kreditabwicklungsfonds)

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	0	14.129	14.129	0	14.129	14.129
1991	9.447	9.364	14.046	0	14.046	-82
1992	7.054	6.899	13.892	0	13.892	-155
1993	5.110	5.181	13.963	0	13.963	71
1994	2.370	2.367	13.960	0	13.960	-3
1995	38.899	193.096	168.158	0	168.158	154.198
1996	29.595	26.854	165.417	695	166.113	-2.741
1997	34.969	34.204	164.652	3.127	167.779	-765
1998	36.835	28.116	155.933	3.838	159.771	-8.719
1999	155.933	0	0	0	0	-155.933

Bemerkungen: 1995 Mitübernahme der Schulden der Treuhandgesellschaft sowie der Ausgleichsforderungen Währungsumstellung
1999 Eingliederung der Schulden des ELF in die Bundesschuld

Bundeseisenbahnvermögen (ab 1991 inclusive Deutsche Reichsbahn; bis 1994 Deutsche Bundesbahn, ab 1995 Bundeseisenbahnvermögen)

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	3.523	5.064	24.049	0	24.049	
1991	1.852	-1.436	20.761	0	20.761	-3.288
1992	3.065	7.820	25.516	0	25.516	4.755
1993	890	5.846	30.472	0	30.472	4.957
1994	462	6.464	36.475	0	36.475	6.002
1995	3.610	7.221	40.085	0	40.085	3.611
1996	3.228	2.913	39.771	0	39.771	-314
1997	3.726	3.455	39.499	0	39.499	-272
1998	8.532	8.529	39.496	0	39.496	-3
1999	39.496	0	0	0	0	-39.496

Bemerkung: 1999 Eingliederung der Schulden des Bundeseisenbahnvermögens in die Bundesschuld

**Veränderung der Schuldenstände insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen
in den Jahren 1990 bis 2002**

Anhang 8.8

Ausgleichsfonds Steinkohle

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	3.146	3.147	1.013	0	1.013	
1991	3.787	3.659	886	0	886	-128
1992	3.055	3.168	999	0	999	113
1993	2.549	2.573	1.023	0	1.023	24
1994	3.023	3.193	1.192	0	1.192	170
1995	3.084	3.026	1.135	0	1.135	-57
1996	1.930	2.384	1.589	0	1.589	454
1997	820	882	1.651	0	1.651	62
1998	694	1.074	2.030	0	2.030	379
1999	2.030	0	0	0	0	-2.030

Bemerkung: 1999 Eingliederung der Schulden des Ausgleichsfonds Steinkohle in die Bundesschuld

Deutsche Post

Mio. €

Jahr	Finanzierungskredite			nachrichtlich:	nachrichtlich:	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	Schuldenstand insgesamt am Jahresende	
1990	2.915	5.284	35.835	0	35.835	
1991	2.941	8.715	41.608	0	41.608	5.774
1992	2.932	11.175	49.851	0	49.851	8.243
1993	3.880	6.859	52.830	0	52.830	2.979
1994	13.931	23.602	62.501	0	62.501	9.671
1995	62.501	0	0	0	0	-62.501

Bemerkung: 1995 Übernahme der Schulden der Deutschen Post durch die Telekom

**Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2002
zweckgebunden zur Schuldentilgung verwendeten Einnahmen sowie die Schuldenübernahme durch die Telekom**

Jahr	Insgesamt nicht anschlussfinanzierte Tilgungen	Einnahmen zur Tilgung von Schulden aus		Übernahme von Schulden durch die Telekom
		Bundesbankmehrgewinn und Sonstiges	UMTS-Erlösen	
1990	1.515	1.515	0	0
1991	647	647	0	0
1992	3.816	3.816	0	0
1993	3.115	3.115	0	0
1994	5.755	5.755	0	0
1995	64.156	1.655	0	62.501
1996	1.696	1.696	0	0
1997	934	934	0	0
1998	8.801	8.801	0	0
1999	11.213	11.213	0	0
2000	18.209	467	17.742	0
2001	37.981	4.917	33.064	0
2002	7.881	7.881	0	0
Insgesamt 1990 bis 2002				
	165.719	52.412	50.806	62.501

HERAUSGEBER:

**Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin**

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

REDAKTION:

**Bundesministerium der Finanzen
Referat VII A 2**

Berlin, Oktober 2003

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.